

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgebühren.

Redaktion: Tauhaer Str. 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauhaer Straße 10/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertagsgeschlossen.

## Ein Dementi.

\* Leipzig, 24. Juni.

Man schreibt uns aus Baden: Die lokale Presse in Süddeutschland ist eifrig bemüht, eine angebliche Aeußerung des Prinzen Ludwig von Bayern zu dementieren, die er in Ludwigshafen gethan haben soll. Er kam von Mannheim und soll zu der ihm huldigenden Menge gesagt haben: „Ich komme von einem schönen Fleckchen Erde, das man vor hundert Jahren uns gewaltsam entriß.“

Gekränkt konnte sich durch diese Aeußerung persönlich niemand fühlen, denn die Personen, die bei dem damaligen Besitzwechsel mitgewirkt haben, sind doch seit vielen Jahrzehnten Staub und Asche geworden. Nichtsdestoweniger bemühen sich namentlich die Münchener Neuesten Nachrichten, die Aeußerung in einer Fülle von Variationen verschwommen zu lassen, so daß schließlich nur übrig bleibt, der Prinz habe gesagt, Mannheim, eine Schöpfung der Wittelsbacher, sei ohne Schuld derselben verloren gegangen und darum Ludwigshafen gegründet worden.

Ob und wie Prinz Ludwig die bezügl. Aeußerung gethan, sei dahingestellt; auf offizielle Dementis ist bekanntlich wenig zu geben. Daß er aber mehr gesagt hat, als in dem Dementi zugegeben ist, scheint uns sehr nahelegend, denn vor hundert Jahren wurde bekanntlich der Friede von Wunneville zwischen der französischen Republik und Oesterreich, d. h. dem deutschen Reich, geschlossen, der diesem den Todesstoß gab. Die linksrheinische Pfalz kam an Frankreich, die rechtsrheinische mit Mannheim und Heidelberg an Baden.

Wenn der Prinz daran erinnert hat, so begreift man, daß gewisse Kreise von dieser Zeit nicht gerne sprechen hören, denn es war die Zeit der deutschen Fürsten von Napoleons Gnaden, die Zeit des Reichsdeputations-Hauptschlusses und des Rheinbundes. Die Neueinteilung Deutschlands ward bekanntlich damals nicht von der dazu bestellten Reichsdeputation, sondern von dem ersten Konsul Bonaparte und dem Zaren Alexander gemacht. Die beiden Selbstherrscher schnitten zu Paris die neue politische Karte Deutschlands zurecht, und vor ihnen erschienen damals sparsamweise die sogenannten Länderbettler, Reichsritter, fürstliche Gesandte, Senatoren von Reichsstädten etc., die um ein Stückchen Land flehten und von dem niederträchtigen Talleyrand mit verdientem Hohne behandelt wurden. Die Reichsdeputation hatte gerade den Befehl erhalten, die in Paris

ausgearbeitete neue deutsche Landkarte zu genehmigen, als schon die Fürsten sich der ihnen zugewiesenen Landesteile bemächtigten, „so daß“ — sagt ein Geschichtsschreiber — „in Deutschland überall besitzergreifende Truppen umhermarschierten, um für ihre Herren einzutreiben, was ihnen die Gnade des ersten Konsuls und des Zaren beschieden hatte.“

Der berühmte Neceß von 1803 war sonach auch nur eine Farce, und man begreift den Hochmut, mit dem Napoleon in Erfurt nachher das „Parterre von Königen“, die er geschaffen, behandelt hat.

Maximilian Joseph, der damalige Kurfürst von Bayern, schloß sich dem Rheinbund an und wurde zum König gemacht; nach der Schlacht von Leipzig fiel er von Napoleon ab. Aber die rechtsrheinische Pfalz bekam er nicht wieder. Auf dem Wiener Kongreß von 1815 wurde dieselbe Baden zugesprochen. In einem besonderen Vertrag mit Oesterreich behielt sich übrigens Bayern den Rückfall der rechtsrheinischen Pfalz an das Haus Wittelsbach vor für den Fall, daß die badische Dynastie im Mannesstamm aussterben sollte.

Zwischen den Regierungen von Baden und Bayern war eine feindselige Stimmung, die aus diesem Besitzwechsel entsprang.

Um dem Aussterben der badischen Dynastie vorzubeugen, hatte der Großherzog Karl Friedrich die aus seiner zweiten Ehe mit der Freiin von Eber von Ebersburg hervorgegangene Erbtochter zu successionsfähigen Prinzen ernannt, ein Staatsakt, an den nachher die bekannte Kaspar Hauser-Affaire anknüpfte. Bayern legte gegen die Erbberichtigung dieser Prinzen Protest ein; in dessen traten die Mächte, an die sich Bayern wandte, für den Besitzstand Badens ein und erkannten auch die beiden Prinzen als erbberichtig an.

Als nun 1830 der Großherzog Ludwig unvermählt starb, gelangte der ältere der beiden Prinzen, Leopold, als Großherzog auf den badischen Thron. Bayern erneuerte nun, trotz der Garantie der Großmächte, seine Ansprüche auf die badische Pfalz. Der Konflikt gedieh so weit, daß man beiderseits militärische Vorbereitungen traf. Indessen mißte sich Oesterreich ein und verhinderte einen kriegerischen Ausbruch. Der Streit ward zu Gunsten Badens entschieden.

Das sind die historischen Erinnerungen, welche die Aeußerung des Prinzen hervorruft, wenn sie wirklich gefallen ist. Die Thatsache, daß gerade von bayerischen Juristen und Staatsmännern der Kaspar Hauser-Affaire

ein besonderes Gewicht beigelegt wurde, sei hier nur nebenbei erwähnt.

Ist die Aeußerung wirklich gefallen, so können wir nicht einsehen, wozu man mit dem Dementi kommt. Daß die Pfalz „gewaltsam“ aus dem Besitz Bayerns ausgeschieden wurde, ist eine Thatsache, an der sich nicht rütteln läßt; der Wiener Kongreß, der später sein Siegel drauf setzte, konnte auch kein Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern verfuhr nach dem Hammelherdenstaatsrecht. Bemerkenswert ist nur, daß wenn Bayern damals auf diesem Wege Landesteile verlor, es sich auch neue auf demselben Wege zugelegt hat.

Ob der Prinz, wenn er die Aeußerung wirklich gethan, damit eine besondere Absicht verfolgt hat? Das können wir nicht wissen.

Indessen ist es Mode geworden, über unbequeme Episoden der Vergangenheit, so lehrreich sie auch sein mögen, möglichst zu schweigen. Wir halten das nicht für gut, denn nur die Kenntnis der Vergangenheit lehrt uns die Gegenwart ganz verstehen.

Hat der Prinz freiwillig oder unfreiwillig dazu beigetragen, so soll es uns einerlei sein. Daran kann auch das Dementi nichts ändern.

## Eine neue Marinevorlage?!

Ein Korrespondenzbureau verbreitet die Nachricht:

Berlin, 24. Juni. Wie von sehr gut unterrichteter Seite verlautet, ist eine größere Marinevorlage zu erwarten, die nicht neue Auslandskreuzer, sondern ein neues Auslandsgehwader von Dinerschiffen fordert. Wenn von der Einleitung auf die Bedeutung der fraglichen Marineaktion geschlossen werden darf, dann muß diese sehr umfangreich sein. Staatssekretär Tirpitz hat deshalb die hervorragendsten Mitglieder der Subjekt-Kommission zu einer Flottenschau mit umfangreichem Programm geladen.

Wenn diese Nachricht mehr sein sollte als eine hochsommerliche Ente, dann hätten wir ja mit unvermuteter und fast ungewohnter Plöpllichkeit eine prompte Verstärkung der Kaiserflotte durch die That erlebt. Eine ganze neue Auslandsflotte soll sich das deutsche Reich bauen, jetzt, in den Tagen der Hungerkrisis und des chronischen Reichsdefizits, wo das Budget des Reichs durch das Marineexerzitium aufs äußerste gebunden ist und seine Steuerquellen bis zum letzten Tropfen erschöpft sind. Uebrigens so ganz unerwartet kommt die Nachricht doch nicht. Längst schon sind im Foyer des Reichstags die Modelle neuer Kriegsschiffe aufgehängt, genau wie in jenem Hochsommer 1897, als über Herrn v. Tirpitz die plöplliche Erleuchtung von der bitteren Notwendigkeit der Marinevorlage kam, die eigen-

## Seuilleton.

Nachdruck verboten.

### Ein Doppelgänger.

Von Theodor Storm.

Die junge Braune aber wußte ihrem stillen Liebsten stets aufs neue zu begegnen. „Lach doch! Warum lachst Du nicht?“ raunte sie ihm zu und hielt ihm selber lächelnd ihre dunklen Augen hin.

„Ich weiß nicht,“ sagte er — „der Brunnen!“

„Was soll der?“ frug sie.

„Ich wollt, er wär aus der Welt!“ und nach einer Weile: „Du könnt'st mir einmal da hineinfallen, Du bist so witzig, Hanna — er darf nicht offen bleiben.“

„Du bist ein Narr, John,“ raunte ihm die Diene zu, „wie soll ich von heut an noch in den Brunnen fallen! Wenn nur die dummen Weiber nicht so nahe wären, ich fiel Dir lieber an den Hals!“

Aber er ging sinnend von ihr; und als er später bei Ende der Tagesarbeit über den einsamen Acker ging, konnte er an dem Brunnen nicht vorbei; er blieb stehen und warf wieder kleine Steine in die Tiefe; er kniete dabei nieder und bog sich über den Rand und lauschte, als ob die Tiefe ein furchtbares Geheimnis berge, von dem er einen Laut erhörten müsse.

Als auch das Abendrot am fernen Horizont verschwunden war, ging er langsam in die Stadt zurück und nach der Großstraße in das Haus seines Arbeitgebers. — Am anderen Morgen erschien zur Verwunderung der Arbeiterinnen ein Zimmermann auf dem Acker und schlug ein rohes, aber derbes Brettergerüst um den alten Brunnen. — — —

Im September wurde auf dem ersten Nachboden

des ungeheuren Speichers das „Cichorienbier“ gefeiert, das schon am Nachmittag begonnen hatte; was in der Fabrik in Arbeit stand, der Fuhrmann, der Geizer, der Brenner und wie sie alle genannt wurden, alle waren da, es war wimmelnd voll; Gewinde von Astern und Burgbaum und von sonstigen Herbstblumen und Blättern hingen überall an den Balken. In großen Tischen, an über Lannen gelegten Brettern hatten sie gefessen; nun aber war der Rausch ausgetrunken; die Lampen und Laternen, die zwischen den Kränzen hingen, wurden angezündet, und in dem dämmerigen Gemunkel wurden eine Clarinette und ein paar Geigen laut, wonach die jungen Diene schon längst die Hälse gestreckt hatten.

John tanzte schon mit seiner jungen Frau, die heiß in seinen Armen lag; er sah voll Lust über die dunkle Menschenmenge hin; aber was ging sie ihn an? — Da wurde er mit seiner Tänzerin gegen das Ende eines schweren Eichenstammes gestoppt, der unter die Tanzenden hineinragte; und sie that einen jähen Ausschrei. Es hatte nichts auf sich; aber John rief den jungen kräftigen Geizer an: „Hilf mir den Tisch fortsetzen, Franz!“

Er schien es nicht zu hören; da faßte John ihn an dem Aermel. „Was soll's?“ rief der Geizer und wandte halb den Kopf.

„Nicht viel,“ entgegnete John, „der Tisch muß fort, hört in die Ecke!“

„Ja, trag ihn nur dahin!“ sagte der junge Mensch und drängte sich zu den anderen Arbeitern, von denen ein Teil zusammenstand. „Was wollte er von Dir?“ frug einer von ihnen.

„Ich weiß nicht; ich sollt ihm helfen! Mag er sich selber helfen! Man hat nur keine andere Arbeit, sonst müßt man von hier fort!“

Die anderen lachten und gingen auseinander, um sich Tänzerinnen zu suchen. John aber, der aus halbgehörten Worten sich genug heraushörte, klemmte die

Lippen zusammen und tanzte weiter mit seinem jungen Weibe, und immer nur mit ihr.

Inmitten der Fröhlichkeit kam auch die Herrschaft mit einigen Freunden auf den Boden; auch der Bürgermeister war dabei, einer von denen, deren Teilnahme damals den Verurteilten in das Zuchthaus begleitet hatte. Jetzt folgte sein Blick dem hübschen jungen Paare.

Eine ältliche, unverheiratete Schweseter der Hausfrau stand neben ihm. „Nun sehen Sie,“ flüsterte die Dame und zeigte mit dem Finger nach dem Paare, „vor zehn Monaten noch am Wolleppinnen im Zuchthaus, und nun tanzt er mit dem Glück im Arm!“

Der Bürgermeister nickte: „Ja, ja — Sie haben recht . . . aber er selbst ist doch nicht glücklich und wird es nimmer werden.“

Die alte Jungfer sah ihn an. „Das versteh ich doch nicht ganz,“ sagte sie, „solche Leute fühlen anders, als unsereins. Aber freilich, Sie sind ein unverbesserlicher Junggesell!“

„Ich scherze nicht, liebes Fräulein,“ erwiderte der Bürgermeister; „es thut mir leid um diesen Menschen: das Glück in seinem Arm mag echt genug sein, ihm wird es nichts nützen; denn in seinem tiefsten Innern brütet er über ein Rätsel, zu dessen Lösung ihm weder sein Glück, wie Sie das junge Kind in seinen Armen zu nennen belieben, noch irgend ein anderer Mensch auf Erden behelfen kann.“

Das alte Fräulein sah recht dumm zu dem Nebenben auf. „So möge er das Brüten lassen!“ sagte sie endlich.

„Das kann er nicht.“

„Weshalb nicht? Er sieht doch herrlich genug aus.“

„Das thut er,“ entgegnete der Bürgermeister nachdenklich, „er könnte sogar wohl toll darüber werden, vielleicht noch einmal ein Verbrecher; denn das Rätsel heißt: wie find ich meine verpielte Ehre wieder? — Er wird es niemals lösen.“

händigen Modellzeichnungen des Kaisers die marinistische Zukunft prophetisch im Bild veranschaulichten. Damals wurde die ganze schöne Sommerzeit von der offiziellen Presse dazu benutzt, um die ungeheuerliche Marinevorlage einzuläutern, die kurze Zeit zuvor vom Regierungsrat als ein abenteuerliches Projekt preisgegeben worden war, und als im Späthjahr der Reichstag wieder zusammentrat, setzte ihm Graf Bosadowsky die Pistole auf die Brust mit der verständlichen Drohung, daß der deutsche Reichstag sich selbst aufgeben würde, wenn er dieser Vorlage seine Zustimmung verweigerte. Mit solchen Mitteln wurde damals für eine Vorlage gearbeitet, die vor Jahresfrist fastlich in der denkbar schärfsten Weise verleugnet worden war.

Diese Erfahrungen lassen für die Zukunft alles, auch das Unglaublichste erwarten. Die ganze politische und wirtschaftliche Augenblickslage schreit gegen eine neue Belastung des Reichsbudgets schon aus Gründen elementarster Opportunität. Aber der Marinehaushalt ist unerträglich; die Freude der Regierung an den schönen Schiffen setzt sich souverän über alle materiellen Bedenken hinweg, und der Reichstag wird bald wieder mit einer Marinevorlage beschäftigt werden.

Der gegenwärtige Reichstag freilich wird aller Voraussicht nach von dieser neuen Vorlage verschont bleiben. Dafür sorgt schon seine geschäftliche Überlastung durch den Hungertarif. Außerdem ist die Auslandspolice bis zum Jahre 1906 festgesetzt. Allein dem neuen Reichstag, den das deutsche Volk zu wählen haben wird, kann die Zustimmung gestellt werden, für die voranschreitenden Mehreinnahmen aus der allgemeinen Zollverleugung sofort auch die passende Verwendung in einer neuen Auslandspolice zu finden.

Es trifft sich günstig, daß diese sensationelle Nachricht jetzt schon geplobt ist und die Wähler beiseiten auf die ungeheure Gefahr aufmerksam gemacht werden können, der die wiederkehrende Wasserpolitik zusetzt. Sie sind gewarnt — und das weitere wird die Agitation zu den Reichstagsnennungen besorgen!

### Politische Hebersticht.

Vom persönlichen Regiment.

Die Organe der Kohlenjunker am Rhein haben seine Ohren für die Ansprache gehabt, die der Kaiser bei seiner neulichen Anwesenheit in Krefeld in zwangloser Weise hat fallen lassen. In einem dieser Berichte ist zu lesen:

Bei dem Austritt aus dem Museum fielen dem Kaiser die im Vestibül aufgehängten großen Hakenbilder auf. Der Monarch rief teils bewundernd, teils scherzend aus: „Das ist großartig, beinahe so groß wie Berlin!“ Sofort wendete er seinem Gefolge: „Daß Ihr mir den Krefelder in dieser großen Sache aber helft!“ und sich an die Krefelder wendend: „Sollten Sie einmal Schwierigkeiten beim Hakenbau bekommen, dann telegraphieren Sie nur an mich!“ Begeordneter Dr. Vertram erwiderte darauf schlagfertig: „Majestät, vielleicht werden wir von Ihrer huldvollen Zusage schon recht bald Gebrauch machen müssen.“

Von den tanzen den Hufarenkentenants, die den hübschen Krefelderinnen jetzt zugesandt werden sollen, haben wir bereits gestern berichtet. Es ist hübsch, daß dem Militarismus, dem sonst offiziell die Aufgabe gestellt wird, Thron und Altar gegen den Unmut zu schützen und das liebe Vaterland gegen die überall dröhnenden grimmigen Reichsfeinde zu verteidigen, zu diesen hohen sittlichen Pflichten noch ausdrücklich das Nebenamt aufgetragen wird, in den Ballsälen der kourtschönen Gesellschaft glanzvoll das Tanzbein zu schwingen. Den Herren Dientenants erwächst damit neben dem heiligen Ernst des Rekrutendrillens noch der fröhliche Beruf, die heranwachsende höhere Weiblichkeit zu ihrem eigenen hochfliegenden Idealismus heranzubilden und ihr die höheren Lebensbegriffe aus dem Kasino mit Nachsicht und Liebe beizubringen.

Zimmerlin müssen wir gestehen, daß uns diese Verwendung des stehenden Heeres noch um einige Grade sympathischer ist, als wenn den Soldaten die Möglichkeit in Aussicht gestellt wird, auf Vater und Mutter zu schließen.

Unser Düsseldorf'scher Parteiorgan weiß noch eine reizende Geschichte aus der Ausstellungstadt zu erzählen. Dort sollte die Ausstellung während des Kaiserbesuchs nur gegen eigens zu lösende Karten à 15 Mk. gestattet sein. Diesen Geschäftssinn soll nun der Kaiser der Ausstellungsleitung vererbelt und gesagt haben, er lasse sich nicht für Geld sehen. . .

Die deutschen Kaninchen und die ungarischen Hasen. Aus Wien wird uns geschrieben: Die Nationalitätenverhältnisse in Ungarn haben in der letzten Zeit wieder die öffentliche

Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. In einer amtlichen Statistik war darauf hingewiesen worden, daß in dem von schwäbischen Ansiedlern bewohnten Teil Sildungarns die deutschen Gemeinden in den letzten zehn Jahren gegenüber den ungarischen und serbischen einen bedeutenden Vorsprung gewonnen hätten. Die deutschen Kaninchen verdrängen langsam aber sicher die ungarischen Hasen aus den Krausfeldern des Banats. Aber die ungarischen Hasen setzen sich tapfer zur Wehr. In fernen Ländern lebt ein großer Staatsmann, der den unterdrückten Hasen aller Länder als leuchtendes Beispiel voranschwebt. Selnem erhabenen Beispiele folgen sie.

Der Redakteur des Groß-Rindauer Anzeigers, Korn, stand vor einigen Tagen vor den (selbstverständlich ungarischen) Geschworenen wegen Aufreizung gegen den ungarischen Staat. Er hatte in seinem Blatte ein Gedicht veröffentlicht, worin die Deutschen, die sich aus gewinn- und ehrlichen Motiven als Magagnen gebilden, verschönt und verspottet wurden. Der Staatsanwalt aber fand, daß die beleidigenden Worte gegen den ungarischen Staat gerichtet wären. Die Geschworenen folgten dieser Ansicht, und Korn wurde zu sechs Monaten Staatsgefängnis verurteilt. In den selben Tagen wurde der Abg. Babovic, ein Serbe, auf einstimmigen Beschluß des ungarischen Reichstags seiner Immunität entkleidet, weil er angeblich Schulkinder, die magyarisch-patriotische Lieder sangen, deshalb groß angefahren hatte. Er kommt nun offenbar wegen Verleumdung des ungarischen Staates vor den Kadi.

Politisch am interessantesten ist dabei die Haltung unserer Abenteurer. Die Ostdeutsche Rundschau hatte über den Prozeß Korn einige Worte verloren, obwohl im Banat über eine Million Deutsche wohnen, zum großen Teil tüchtige Bauern und Handwerker. Aber bei den Kebabgereien um eine Richterstelle oder bei der Verhinderung einer tschechischen Lehrerschule ist fürs Geschäft mehr herauszuschlagen. Dabei wissen die Ungarn genau, daß die kräftigen deutschen und slowakischen Elemente der Hauptfeind ihrer Nationalitätspolitik sind. Aber weder die Deutschen noch die Tschechen unterstützen ihre Stammesgenossen jenseits der Leitha. Hoffentlich werden sich die Kaninchen von den Hasen nicht unterkriegen lassen. Denn die unterdrückten Kaninchen sind immer stärker als die unterdrückenden Hasen. Auch dort, wo die Hasen deutscher Nationalität sind.

### Deutsches Reich.

Eine falsche Taktik.

Als im Herbst v. J. der Schriftsteller Georg Bernhard gegen den Berliner Stadtverordneten Jacobi schwere Vorwürfe erhoben hatte, zugleich zu dem Zwecke, den „Berliner Gemeindegemeinschaft“ einmal vor aller Öffentlichkeit zu beleuchten, wurden auch in Parteikreisen allerlei Fälschungen an dieses Vorgehen geknüpft und Herr Bernhard selbst auf der Reichstagstribüne als ein Mann gefeiert, der die kapitalistische Korruption ins Herz getroffen habe. Wir standen damals wohl allein mit der Auffassung, daß Bernhards Vorgehen, so sehr wir ihm auch unversehrteits allen Erfolg wünschten, gleichwohl praktisch und taktisch verfehlt sei.

Wir argumentierten ungefähr so: Sind Jacobis etwaige Verfehlungen so groß, daß er nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, dann giebt ihn der Berliner Klingen schon selbst als ein räudiges Schaf preis, um gerade durch diese Ausschließung die Kerngesundheit der ganzen Herde zu beweisen. Hält aber der kapitalistische Klingen den Jacobi aufrecht, dann ist ihm auf dem von Bernhard eingeschlagenen Wege nicht beizukommen; es ist ein innerer Widerspruch und deshalb eine totale Unmöglichkeit mit den Mitteln der kapitalistischen Gesellschaft die kapitalistische Korruption ins Herz zu treffen. Nun hatte sich damals der Berliner Stadtklingen, sogar in der erlauchtesten Person des Stadtverordnetenvorstehers Langerhans, sofort, nachdem Bernhard seine Anklagen gegen Jacobi erhoben hatte, für diesen mit aller Gewalt ins Zeug gelegt, und so war unsere Schlussfolgerung sehr einfach: Der Zwischenfall wird mit der Niederlage Bernhards und dem Siege Jacobis enden.

Natürlich wurden wir deshalb sofort der ewigen Krakelei, der gewerkschaftlichen Nörgelerei und all der anderen lebenswichtigen Eigenschaften geziehen, deren sich die Leipziger Volkszeitung erfreuen soll. Wir getrübeten uns des Tages, der unser Recht erweisen würde, und dieser Tag ist nunmehr eingetreten. Der Verleumdungsprozeß, den der Berliner Stadtverordnete Jacobi gegen seinen Angreifer Bernhard angestrengt hatte, hat sogar in einer unsere pessimistischen Erwartungen noch weit übertreffenden Weise geendet: Herr Bernhard ist nicht

nur wegen der Beleidigung Jacobis zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden, sondern er selbst sowie seine Verteidiger haben schließlich mit allem Nachdruck erklärt, daß der Stadtverordnete Jacobi vom Scheitel bis zur Sohle ein Ehrenmann ohne Furcht und Tadel sei. Man begreift, wie vergnügt die Frösche im „Berliner Gemeindegemeinschaft“ über dies Urteil quaken; der Berliner Stadtklingen, der durch die Affaire Kaufmann und andere Dinge in letzter Zeit etwas ramponiert worden war, schreitet wieder im frisch gebügelten Gewande schneeweißer Unschuld einher, und Herr Bernhard hat die kapitalistische Wirtschaft, die er durch seinen Vorstoß erschüttern wollte, vielmehr in höchst beflegenswerter Weise gestiftet.

Wir machen ihm daraus persönlich so wenig einen Vorwurf, wie es uns im vorigen Herbst, als wir seine falsche Taktik kritisierten, irgend auf seine Person ankam. Ihn zu tadeln, weil er sich nicht als der gehoffte Drachentöter bewährt hat, kann denjenigen Leuten überlassen bleiben, die diese gänzlich haltlose Hoffnung gehegt haben, also denselben Irrtum verfallen gewesen sind, wie er selbst. Aber allerdings möchten wir diesen unverschämten und natürlich auch unverdienten Triumph des Berliner Stadtklingen nicht vorübergehen lassen, ohne abermals vor einer Taktik zu warnen, die das Gegenteil des von ihr erstrebten Zweckes erreicht. Die Ritter St. Georg, die den Drachen durch ihren persönlichen Geldennut töten, gehören den Sagen des feudalen Mittelalters an; dem modernen Kapitalismus ist jeder Frontkämpfer- und Trappenkämpfer seiner Feinde nur eine willkommene Gelegenheit, durch mühelose Siege seine geist überwuchernde Kraft zu stärken; bezwungen wird er allein durch den Massenschritt der Arbeiterkolonne, die Schulter an Schulter, in geschlossenen Kolonnen, mit der Unerbittlichkeit eines unabwehbaren Verhängnisses gegen ihn anrückt.

\* Berlin, 24. Juni. Der Staatsanzeiger berichtet, daß dem Staatsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten v. Thielen die „nachgeforderte Entlassung aus seinem Amt“ unter Verlassung des Titels und Ranges eines Staatsministers und unter Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler bewilligt und Generalmajor a. D. Budde zum Staatsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt sei.

Weitere Wahlsiege bei den Gemeinderatswahlen in Gstaß-Bohringen werden noch aus Colmar gemeldet, wo die Sozialisten zusammen mit den Demokraten und Altdeutschen gegen die Herkule Eingeborenenliste gestimmt haben. Gewählt wurden in Colmar 3 Demokraten, 2 Altdeutsche und ein Sozialdemokrat; von der Herkule Liste bekamen hochförmigerweise nur ein Sozialist und ein Protestant die zur Wahl notwendige Stimmengahl.

In dem Straßburger Vorort Schiltigheim sind 2 Sozialisten gewählt; in Wischweiler und in dem oberelsässischen Fabrikstädtchen Gebweiler je ein Sozialdemokrat. Insgesamt verfügen die Sozialisten jetzt in Schiltigheim über drei, in Gebweiler über zwei Mandate. In beiden Orten wurden zum erstenmal Sozialisten in den Gemeinderat entsandt.

Mit berechtigtem Stolz blickt unser Straßburger Parteiorgan auf die verflozene Wahlkampagne zurück und schließt ihren Artikel über: Die Siegerin im roten Kleide mit den Worten:

Die herrschende Klasse hat uns den Klassencharakter ihrer Herrschaft und unseres Kampfes selbst eingebläut und uns so aus Gefühlssozialisten zu Klassenbewußten überzeugten Sozialdemokraten gemacht. Die Zeiten der Konfusion und Unklarheit sind jetzt bei Freund und Feind, in Straßburg wenigstens, vorbei. Unsere Agitation und die Taktik der Segner hat ihre Früchte getragen. Was wir jetzt hinter uns haben, ist ein neues Geschlecht, das als unverletzbares Basis ihres politischen Kampfes die Idee des Klassenkampfes hat. . . . Nach den Erfahrungen der letzten Tage wird sie jeder von ganzem Herzen unterschreiben. Darum fängt mit dem 15. Juni 1902 ein neues Blatt in der Geschichte der elsässischen Arbeiterbewegung an.

Die Rosinen aus dem Kuchen herauspicken zu lassen, lehnte die preussische Regierung bei der vorjährigen Beratung der Kanalvorlage im preussischen Landtag ganz entschieden ab; sie behandelte die Vorlage als einheitliches Ganzes und wollte von einer schrittweisen Realisierung einzelner Teilprojekte mit aller Bestimmtheit nichts wissen. Nachdem Herr von Thielen gegangen, scheint sich die Regierung an diese Erklärung nicht mehr fest gebunden zu erachten; sie hält, wie die Nationalliberale Korrespondenz schreibt, nur noch theoretisch an der gesamten Kanalvorlage fest, doch „glaube man in gut unterrichteten Kreisen annehmen zu müssen, daß dem

„Hm,“ meinte die alte Dame, „Herr Bürgermeister, Sie haben allzeit so besondere Gedanken; aber ich denke, wie haben jetzt genug davon; die Laubkränze verbreiten so strengen Duft, und die Lampen qualmen auch, man trägt's noch tagelang in Haar und Kleidern.“

Sie gingen alle und überließen die Armen ihrer Lustbarkeit; nur der Bürgermeister zögerte noch ein paar Minuten, da wieder das junge Paar vorüberlief. Das siebzehnjährige Weib hing mit lachenden Augen an denen ihres Mannes, die sich, wie um alles zu vergessen, in die ihren zu bohren schienen.

„Wie lange wird's noch dauern?“ murmelte der Bürgermeister, dann folgte er den anderen

Es dauerte doch noch ziemlich lange; denn das Weib war, obgleich in Lumpen aufgewachsen, jung und unschuldig. Sie wohnten in der Stube am Ende der ins Feld hinauslaufenden Norderstraße; das Kämmerlein vorn war das ihre, die Mutter hatte sich ein Lager in der engen Küche einzurichten verstanden. Sein alter Arbeitgeber wußte nun schon, daß John ein halbmal mehr als andere arbeite, und deshalb, und da auch der Bürgermeister ihm zusprach, hielt er den Mann fest, so oft ihm auch geraten wurde, den Zuchtthaler vor die Thür zu setzen. So war allzeit Arbeit da, für ihn und oftmals auch für die Frau, und die Nahrungsfrage klopfte nicht an die kleine Thür. Ein Würfel war auch am Hause und darin, hinten nach dem Weg hinaus, ein dicke Ligufterlaube. Hier saß die Frau meist an den Sommerabenden und harzte seiner, bis er von der Arbeit kam; dann flog sie auf ihn zu und zwang ihn, sich auf die Bank zu setzen; er aber litt sie nicht neben sich, er setzte sie auf seinen Schoß und hielt sie wie ein Kind an seiner Brust. „Komm nur,“ sagte er, „so müde bin ich nicht; ich hab' nicht viel, ich muß es alles in meinen Armen haben.“ So sprach er eines Abends; da sah sie ihn an und strich ihm, als wolle sie etwas fort-

wischen, mit ihren Fingern über die Stirn. „Das da wird immer Heiser!“ sagte sie.

„Was denn, Hanna?“

„Die Falte — nein, sprich nicht, John; ich kann's schon denken, die Brückenarbeiter haben heut ihr Fest; die anderen sind da, sie haben Dich nicht eingeladen.“

Die Falte wurde noch tiefer. „Laß das!“ sagte er. „Sprich nicht davon; ich wär ja doch nicht hingegangen.“ Und er klammerte die Arme fester um sein Weib. „Am besten,“ sagte er, „nur wir zwei allein.“

Nach einigen Monaten sollte ein Kind geboren werden. Die gutmütige Alte lief mit wirrem Kopf umher; bald stellte sie ein Köpfchen für die Wöchnerin ans Feuer, bald wieder wickelte sie die dürftigen Hembchen auseinander, die sie für ihr erwartetes Entkind aus alter Leinwand in vielen Wochen genäht hatte. Das junge Weib war im Bette liegen geblieben; der Mann saß bei ihr, er hatte Arbeit Arbeit sein lassen und hörte nur auf das Stöhnen seines Weibes, die fest ihre Hand um seine Brust. „John!“ rief sie, „John! geschwind, Du mußt zur Mutter Grieben laufen, aber komm gleich wieder, bleib nicht fort!“

John hatte in dumpfen Sinnen gefessen. Nur wenige Augenblicke noch, dann sollte er Vater werden; ihn schauderte, er sah sich plötzlich wieder in der Büchlingsjacke. „Ja, ja,“ rief er, „ich bin gleich wieder da!“

Es war am Morgen, und die Hebamme wohnte in derselben Straße; er lief und rief die Hausfrau auf, und als er in die kleine Stube trat, sah die dicke Alte an ihrem Morgentasse. „Na, Er ist's!“ rief sie unwirsch, „ich dachte zum mindesten, es sei der Amtmann!“

„Ich hab' nicht weniger ein Weib als der!“

„Was ist mit deinem Weibe?“ frug die Alte.

„Frug Sie nicht! Kommen Sie mit mir; mein Weib liegt in Kindesnöten; wir bedürfen Ihrer Hilfe.“

Die Alte musterte den erregten Mann, als zählte sie

im Geiste die wenigen Schillinge, die dieser Dienst ihr abwerfen werde, wenn sie nicht gar verloren gingen. „Geh Er nur vorab!“ sagte sie. „Ich muß erst meinen Kaffee trinken.“

John stand wie unentschlossen an der Stubenthür.

„Geh Er nur!“ wiederholte sie, „Sein Kind kommt früh genug!“

Er hätte das Weib erdroffeln mögen; aber er biß nur die Zähne aufeinander; sein Weib bedurfte ihrer. „So bitt ich nur, Frau Grieben, trinket nicht zu langsam!“

„Ja, ja,“ sagte die Alte, „ich trinke, wie ich Lust hab.“

Er ging; er sah, daß jedes seiner Worte sie nur noch widerwilliger machte.

Sein Weib fand er wimmern auf dem heißen Bett.

„Bist Du es, John? Hast Du sie bei Dir?“

„Noch nicht; sie kommt wohl gleich.“

Das „gleich“ wurde zu einer halben Stunde, während John reglos neben der jammernenden Wöchnerin saß und die Alte draußen noch einmal Kaffee für Mutter Grieben kochte. „Die Können allzeit Kaffee trinken.“ sprach sie zu sich selber, „man muß sie sich zu Freunden halten!“

„John!“ rief in der Kammer das junge Weib, „sie kommt noch immer nicht!“

„Nein,“ sagte er, „sie muß erst Kaffee trinken.“ Er knirschte mit den Zähnen, und seine düsternen Brauen zogen sich zusammen, „Du hättest nur des Amtmanns Weib sein sollen!“

„John, ach John! ich sterbe!“ schrie sie plötzlich.

Da sprang er auf und rannte aus dem Hause. Auf der Straße begegnete er der dicken Hebamme. „Nun,“ rief sie, „ist das Kind schon da? Wohin will Er denn?“

„Zu Ihr, Frau Grieben, damit mir meine Frau nicht sterbe.“

Die Alte lachte. „Tröst Er sich, an so etwas stirbt Gutesgleichen nicht!“

(Fortsetzung folgt.)

Landtage in seiner nächsten Tagung erst ein Teil der zu lösenden Aufgabe vorgelegt werden würde." Zu diesem Teil dürfte u. a. der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin gehören.

Damit wäre der Mittelstand praktisch so gut wie preisgegeben. Denn gegen die Kanalisierung von Ostelbien hatten die Agrarier nicht das Geringste einzuwenden; im Gegenteil sollte ihnen dadurch der Mittelstand praktisch erst schmacht gemacht werden. Auch von der Saar-Mosel-Kanalisierung wird jetzt gesprochen, für die sich besonders das Centrum interessieren dürfte. Die Sache wird also so ausgehen, daß die Frondeure in Ost und West hauptsächlich die Reinen herauspicken und der Kirchen liegen bleibt, bis er „seiner Zeit“ geschickt wird. Denn „gebaut wird er doch!"

**Der Führer der nationalen Parteien.** Graf Bülkow hat auch dem Vorsitzenden des Glogauer Gerichts Hofes eine Forderung auf Pistolen zugesandt. Seitens des Landratsamts ist übrigens bei der Landesregierung bereits am Sonnabend die Unterbringung des Grafen in einer Irrenanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes beantragt worden.

Nun wird der Pistolengraf der Reihe nach auch den Landrat, die Regierung und schließlich — seine Irrenwärter auf Pistolen fordern.

**Der „polnische Hebermut“** wird von preussischen Richtern scharf angefaßt. Aus Gnesen wird von gestern gemeldet: Die Strafkammer verurteilte die Schuhmacherfrau Elisabeth Kantorzick wegen Aufruhrs, Landfriedensbruchs und Verleumdung der Lehrer in Breschen zu 10 Monaten Gefängnis, den Tischlergehilfen Leo Kallischewsky wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis, den Schuhmacherlehrling Alexander Wisniewski wegen großen Unfugs zu drei Wochen Haft. Frau Kantorzick und Kallischewsky wurden sofort verhaftet.

**Aus der Zolltariffkommission** (68. Sitzung). In der weiteren Verhandlung über die Zollhöflichkeit gaben die Röhner in der Kommission ein Probenstück von der rickichtlosen Ausbeutung ihrer Machtstellung. Nachdem zu Position 430 (Gewebe) Reichhaus und Vaudert den Antrag auf Zollfreiheit begründet hatten, indem sie dabei die deutsche Ausfuhr besonders feiner und Militärtuche nach englischen Kolonien, den bedeutendsten Absatz der Konfektion nach England die Belastung der deutschen Kleiderindustrie, sowie die widerwärtige Erschwerung der Vertragsverhältnisse durch derartige Zölle hervorhoben und die Wäse überlegten, als ob durch die Zölle der Hungerweber, dem Glend der Weber gesteuert werden könnte, wurde weiteren Rednern durch Schlußantrag das Wort entzogen, da nach Herrn Hahn's Auffassung die Redner sich einer zu großen Unvorsichtigkeit befleißigten. Die Zolltariffkommission hat hier die Beratung einer sozialdemokratischen Resolution gegen die Gefängnisarbeit mit folgendem Wortlaut: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf noch im Laufe der gegenwärtigen Session vorzulegen, durch den untertätig wird, in Straf-, Verforgungs- und Beschäftigungsanstalten, welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten oder unterstellt werden, andere gewerbliche Arbeiten als solche für den eigenen Bedarf, für den Bedarf des Reichs, eines deutschen Staates oder Gemeindeverbandes auszuführen und den Verkauf gewerblicher Erzeugnisse für eigene Rechnung, für Rechnung des Reichs, eines deutschen Staates oder eines Gemeindeverbandes zu niedrigeren als den marktüblichen Preisen stattfinden zu lassen.“

Stadthagen begründet die Resolution und weist auf die bereits seit Jahren mehrfach dem Reichstage unterbreiteten ähnlichen Anträge und Resolutionen hin, die im Vordringen immer sympathischer Aufnahme fanden. Gerade die von der sächsischen Regierung vorgenommene unvollständige Statistik über die Buchdruckerei habe zu weiterem Vorgehen gegen die Buchdruckerei gedrängt. Strick- und Wirkmaschinen würden immer zahlreicher in Gefängnissen in Betrieb gesetzt. Die Konkurrenz der Buchdruckerei sei für Arbeiter, Unternehmer und Kleinhandwerker gleich gefährlich, darum dränge schon seit 1869 der Reichstag auf deren Beseitigung. Die Resolution wird aber mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Man ist zu sehr mit Zollgesetzen an die Großindustrie beschäftigt, um sich mit solchen Nebenbingen wie mit dem Wohl der Arbeiter abgeben zu können, bemerkt Vaudert ironisch.

Die Spitzenstoffe, Spitzen, Tulle (Position 434) mit ihren Zollhöfen von 300 und 350 Mt., sowie die Posamentier- und Knopfmacherwaren (Position 435) mit 200 Mt. Zoll, werden nach der Vorlage angenommen.

Beim nächsten Unterabschnitt: Baumwolle, werden die Entwurfsstoffe etwas mobilisiert. Nach Position 436 ist Baumwolle gefärbt, gekempelt, gekämmt, auch gemahnt — frei; geflecht, auch geflechte Abfälle von der Baumwollspinnerei mit 4 Mt. Zoll befreit. Hier wird der sozialdemokratische Antrag auf Zollfreiheit für die ganze Position 436 angenommen.

Bei der Position 437: Gelpinse und Vorgepinse aus Baumwolle, für die der Entwurf 10 resp. 20 Mt. Zoll vorsteht, werden nach dem Antrag von Wächter diese Sätze um die Hälfte verringert. Ein Brönnelcher Antrag auf Abschaffung des Veredelungsverkehrs und der Ausfuhrvergütung der Garnzölle wird noch zurückgestellt.

**Der Sandenprozess.** (Nächster und neunzehnter Tag.) Im Vorbergrunde der Verhandlungen stehen Briefe und Aufzeichnungen Otto Sandens, die dieser in früherer Stimmung geschrieben hat. Otto Sanden hatte sich noch nicht die Kaltblütigkeit seines großen Bruders erworben und gestattete sich auch noch den Luxus einer gewissen Ehrlichkeit und Offenheit vor sich selbst. So schrieb Otto Sanden 1900 in Beziehung auf den Eintritt der Aktiengesellschaft als Kommanditistin beim Bankhaus Anhalt u. Wagner: „... daß Anhalt u. Wagner Nachf. der Aktiengesellschaft aufgekauft sind, kann nie und nimmer von der Preussischen Hypotheken-Aktiengesellschaft bestritten werden; die Bülker erweisen das. Sie würde nur eine „moralische Pflicht“ erfüllen, wenn sie offen und ehrlich dies erklärte. Der Direktor der Preussischen Hypotheken-Bank wird man sagen: Die Preussische Hypotheken-Aktiengesellschaft ist „schlau“ gewesen, die der Aktiengesellschaft ist „dumm“ gewesen, aber in gewissem Sinne wäre die letztere doch rehabilitiert. Das können wir doch allermindestens verlangen!“ Otto Sanden entschuldigt diese Geständnisse durch krankhafte Erregung. In anderen Briefen macht Otto Sanden dem Generalkonsul Schmidt die heftigsten Vorwürfe darüber, daß dieser einen absolut unerklärlichen Geldverbrauch zeige. Es sei ganz unbegreiflich, wie Menschen, die aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen, einen so kolossalen Aufwand treiben können u. c. Diese klagenden Betrachtungen führen auf verschiedenen Notizen wieder und spülen sich zu heftiger Kritik über die „vertragswidrige und unerhörte“ Geschäftsführung der beiden persönlich haftenden Gesellschaften zu, die große Summen in ganz unentschuldigbarer Weise festgelegt hätten und in letztmöglicher Kreditgewährung das Menschennögliche leisteten. Es wird dann ganz kategorisch dem Kreditsystem unterstellt, seinen „noblen Geldverbrauch“, den ein Richter im Ernstfälle als „Vergebung“ bezeichnen würde, fortzuführen und von ihm verlangt, unter keinen Umständen mehr zu entnehmen, als ihm kontraktlich zustehe. In einer Reihe von zusammenhängender Notizen des Angeklagten Otto Sanden werden bewegliche Klagen erhoben über die heillosen Wirtschaft, in welche die Aktiengesellschaft durch die Transaktionen mit Anhalt u. Wagner hineingedrängt worden sei. Vor Gericht stellt Sanden diese Aussagen als Produkt schwer überreizter Nerven hin. Er sei damals krank aus Varietebühnen zurückgekommen und habe die Dinge übertrieben trübe angesehen. Er habe zehn Wochen in die Kaltwasser-

Heilanstalt gehen müssen. Thatsächlich sei er doch immer der Ansicht gewesen, daß das alte Bankhaus Anhalt u. Wagner, das immer brillant reussiert habe, auch in Zukunft reussieren werde.

Zur Charakteristik Ed. Schmidts dienen noch Zeugnisaussagen, die ausfagen, daß Eduard Schmidt, mit Bilanz und mit der Buchführung wenig vertraut und wohl kaum im Stande gewesen sei, Bilanzen selbst anzustellen oder zu lesen bezw. sich in irgendwelcher verwickelter Buchführung leicht zurechtzufinden. Dabei hatte Schmidt von der Bille auf im Bankfach gedient und war seit 1875 Chef des sehr alten und angesehenen Bankhauses Anhalt u. Wagner. Als Gehalt bezog Schmidt 38000 Mt., dazu 10000 Mt. Repräsentationsgelder und ca. 50000 Mt. aus Aufsichtsratsposten. Schmidt erklärt, er habe von diesen 100000 Mt. Jahreseinkommen „nicht mehr“ als 50000 Mt. jährlich verbraucht. Wie Otto Sanden erklärt, hat Schmidt seinen Prokuristen viel zu viel freien Willen gelassen. „Ich stand immer unter dem Eindrucke, daß bei den großen Wunschbegehungen, die ihm von oben und von vielen Seiten als dem Chef des alten Bankhauses Anhalt u. Wagner zu teil wurden, er sich gewissermaßen gefühllos gegen alle Mißerfolge, während doch thatsächlich recht schwierige Unternehmungen in Frage standen. Herr Generalkonsul Schmidt hat sich aber um die Dinge gar nicht gekümmert, während ich Tag und Nacht darüber zu arbeiten hatte und meine Gesundheit dafür opferte,“ worauf Angekl. Schmidt antwortete, er habe doch wahrhaftig von früh bis spät ehrlich gearbeitet!

Bei diesen Erörterungen kommt zur Sprache, daß gegen Generalkonsul Ed. Schmidt noch eine Nachtragsanfrage wegen zu großen Aufwandes erhoben worden ist.

Durch Väterrevision ist noch nachträglich festgestellt worden, daß Eduard Sanden 1895 186000 und 1896 208000 Mt. Privatentnahmen verzeichnet hat.

**Staatsrechtliches.** Die von uns seiner Zeit gemeldete Ausweisung eines kippischen Untertanen aus dem preussischen Staatsgebiete ist am 17. Juni von der Viesfelder Strafkammer zurückgewiesen. Der Kaufmann St. war nach längerem Aufenthalt in Amerika bei seiner Rückkehr aus Herford ausgewiesen. Er ließ sich darauf in Lippe naturalisieren, wurde aber trotzdem bei einem Besuch im preussischen Herford dort wegen Vandalismus unter Strafe gestellt. Das Schöffengericht in Herford sprach ihn am 30. April d. J. frei, der Amtsanwalt legte aber Berufung ein. In der Strafkammerverhandlung in Viesfeld erklärte der Staatsanwalt, es sei ihm lediglich um eine grundsätzliche Entscheidung der Frage, nicht um eine Verurteilung des Angeklagten zu thun. Die Strafkammer verwarf die Berufung des Amtsanwalts mit der Begründung, daß St. deutscher Bürger sei und als solcher nach § 1 des Freizügigkeitsgesetzes seinen Wohnsitz im deutschen Reiche nehmen könne, wo er wolle.

**Ein unerhörter Eingriff in das Familienleben** ist in Kolstrup bei Apolda durch den dortigen Bürgermeister ausgeübt worden. In der Familie eines gewissen Niessen sind zwei Pflegekinder, ein Knabe von 11 und ein Mädchen von 14 Jahren, von frühester Kindheit an erzogen worden. Jetzt hat plötzlich der Bürgermeister die Kinder den Pflegeeltern fortnehmen lassen und den letzteren das „Erzieherrecht“ entzogen. Und warum? Niessen ist vor einiger Zeit wegen Singens dänischer Lieder bestraft worden.

Ganz abgesehen von dem Unrecht, was damit über Eltern und Kinder in dieser einen Familie heraufbeschworen worden ist, führt dieser Polizeischritt auf einen Weg, der auch für andere Familien mit gefährlichsten Konsequenzen besetzt ist.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Die Landtage. — Ein christlicher Sozialreformer.**

p. h. Wien, 23. Juni. Die Landtage sind zusammengetreten. Politisches Interesse haben zunächst nur die Verletzungen von Galizien, Tirol und Niederösterreich. Die offiziellen Polen haben ihre Taktik sehr schlaue eingerichtet. Sie haben gegen die preussische Polenpolitik nur sehr zahm protestiert und machen sich dadurch bei der Wiener Regierung, der diese ganze Frage natürlich äußerst peinlich ist, lieb kind. Die Polen, die seit jeder die schlauesten parlamentarischen Taktiker sind, wissen genau, daß ihnen diese Zurückhaltung noch gute Zinsen tragen wird.

In Tirol soll in der heutigen Landtagssession der Ausgleich zwischen den Deutschen und Italienern energisch in Angriff genommen werden. Die Regierung will den Italienern eine Zweiteilung des Landeshaushaltes und des Landeskulturhaushaltes sowie die Errichtung einer eigenen Statthaltereibehörde in Trient zugesichert. Es erscheint nicht als unmöglich, daß die Italiener dafür auf ihre alte Forderung der vollständigen Zweiteilung Tirols verzichten und daß auf diese Art ein Ausgleich zu stande kommt. Allerdings ist das schwerste Problem die richtige Abgrenzung besonders der Schulbezirke.

In Niederösterreich, dem einzigen Landtage, in dem ein Sozialdemokrat sitzt, herrschen die Christlichsozialen. Sie fühlen, daß ihre Machtstellung bedroht ist und daß sie bei den Neuwahlen im Oktober des heutigen Jahres leicht ihre Majorität verlieren können. Sie machen deswegen die unerhörtesten Anstrengungen, um wenigstens so viel Landgemeindenbezirke als möglich zu erobern. Diesem edlen Bemühen ist ein Bericht entworfen, den der Landesauschuß Dr. Scheicher, Domherr in St. Pölten, über die Dienstbotennot auf dem Lande dem Landtage vorgelegt hat.

Es kann ruhig gesagt werden, daß wohl noch niemals und nirgends einem Vertretungskörper ein offizielles Schriftstück vorgelegt wurde, das diesem „Berichte“ an grotesker Dummheit, Feindschaft und an Klassenegoismus gleichgestellt werden könnte.

Herr Dr. Scheicher, dessen langweilige Kapuzinaden in allen Wörtern, denen er angehängt, berichtigt sind, begann seine politische Laufbahn in den 80er Jahren als ziemlich radikaler Verfechter der Arbeiterinteressen. Radikal, aber konfus. Mit dem Radikalismus war's bald vorbei, das Konfuse blieb ihm. Er suchte politischen Anschluß und fand ihn bei der damals im raschen Aufsteigen begriffenen christlich-sozialen Partei. In dieser Partei, die aus zwei Elementen bestand, aus den für eine durchgreifende Gesellschaftsreform auf christlicher Grundlage Vegetierten und aus den rückwärtslosigen Vertretern der Interessen des Kleinhandels und kleinen Handwerkers, hatten bald die Handwerker und Krämer den Sieg über die allgemein christlichen Vertreter. Und aus einer christlichen Reformpartei wurde eine brutale Massenpartei. Aus der Partei, zu deren Gründern Leute gehört hatten, die die Väter des Arbeiterschutzes sind, wurde die arbeitereindlichste politische Organisation. Herr Scheicher als gewandter Bauernagitor machte diese Entwicklung mit. Heute vertritt er, nachdem er sich aus seiner allgemeinen christlichen Konfusion zu einer klaren Interessenpolitik durchgearbeitet hat, aufs schärfste die Interessen der Bauern gegen die der landwirtschaftlichen Arbeiter, die in Niederösterreich zum großen Teil durch Dienstboten geleistet wird.

Herr Scheicher sollte nun Vorschläge für eine neue Dienstbotenordnung machen. Aber er findet die Zeit dafür noch nicht gekommen. Einstweilen müssen erst einige Reformen eingeführt

werden. Zunächst sollen in den Schullehrbüchern Bestände eingestrichen werden, die in wahrheitsgetreuer Weise schildern, wie die Leute, die das gesunde Landleben verlassen haben, in der Stadt zu Grunde gehen. Dann soll die Schulpflicht verhärtet werden. Die Mädchen, die in der Schule sitzen und nähen und stricken lernen, sind zu einer ordentlichen Schweinemagd schon verdohten. Dann soll man einen Befähigungsnachweis (1) einführen, sowie ein Meisterstück, offenbar nach der Devise, daß die dümmsten Bauern die größten Kartoffeln haben. Dann soll man den städtischen Meibern entgegenzutreten — die doch nur wegen ihrer Billigkeit geliebt werden — und die alten Volkstrachten wieder einführen. Ferner soll die Zahl der Wirtschaften verringert werden. Daß man den Landarbeitern einen Ersatz dafür geben müßte, vergißt Herr Scheicher vollständig. Oder ist er vielleicht bereit, Leses- und Bildungsvereine auf dem Lande einzuführen? Dann wäre es mit seiner Herrlichkeit bald vorbei. Auch die Polizei strapaziert Herr Scheicher. Sie soll die Arbeitslosen aus der Stadt mit gebundener Marschkolonne auf Land schicken, dorthin, wo gerade Arbeitermangel herrscht. Endlich — und das ist eigentlich die Hauptforderung — sollen Reformprofessoren an der Universität und Reformbeamte angestellt werden. Näheres aber hat Herr Scheicher darüber nicht verstanden.

Diese und noch andere Forderungen sind mit einer geschichtspolitischen Sauce überzogen, in der es an den alten bewährten Phrasen, wie z. B. von den „großstädtischen Wasserlösen“, von der Stadt, „die die Mörderin der landwirtschaftlichen Arbeitskraft ist“, nicht fehlt. Auf die Bauern wird ja das Schriftstück vielleicht nicht schlecht wirken. Aber die städtischen und gewerblichen Arbeiter werden den Hand Schuh aufnehmen, den Herr Scheicher, und in ihm verkörpert die ganze christlichsoziale Partei ihren Klassengegner, auch dem Lande zugeworfen hat.

Hoffentlich hat dieser Bericht einen recht großen Erfolg, einen so großen, daß Herr Scheicher im nächsten Jahre die Ergebnisse seiner historischen Studien nur mehr als Privatmann und nicht mehr als Landesauschuß vor die Öffentlichkeit wird bringen können.

**Frankreich.**

**Stäuberungsabsichten.**

(-) Paris, 21. Juni. Die Stäuberung des Beamtenpersonals von reaktionären Elementen bildet bekanntlich die einzige Neuheit des Programms des Kabinetts Combes. Der letzte Minister hat den ersten Schritt zur Durchführung dieses Programmpunktes. Er packte aber die Sache ebenso geschickt an, wie Mühlhausen, der sich beim eigenen Popse aus dem Sumpfe zu ziehen suchte. Fortan soll nämlich kein Beamter ernannt oder befördert werden ohne vorheriges politisches Zeugnis, welches vom betreffenden — Präfekten auszustellen ist. Wer und was bürgt aber für die republikanische Gesinnung des Präfekten? Und haben die Präfekten überhaupt Gesinnung? Ist es doch eine bekannte und vergebens bekämpfte Thatsache, daß das Präfektenpersonal sich seit Mölines Zeiten oder noch seit früheren Zeiten wenig geändert hat. Die Präfekten richten sich vorsichtig nach dem jeweiligen Ministerium, insofern das ihrer Laufbahn bei etwaigen kommenden Ministerwechseln nicht Schaden kann. Die vom Ministerat beschlossenen Zeugnisfragen dürften meist dazu dienen, Beamte, die im demokratischen und gar erst im sozialistischen Verstand stehen, zurückzuführen. Um so mehr, als die Berichte der Präfekten natürlich geheim bleiben werden, was die zweckwidrige Maßnahme auch noch gefährlich macht. Denn die Regierung erstlich an die Beamtenstäuberung, dann muß sie mit den Präfekten anfangen. Ihr erster Präfektenschub, der für den Beginn des nächsten Monats angekündigt ist, kann erst den Wert ihrer guten Stäuberungsabsichten offenbaren.

**Großbritannien.**

**Die Trades-Unions und die politische Aktion. — Die Radikalen und die entstehende Arbeiterpartei.**

r. London, 21. Juni. Abgesehen von den politischen Beschlüssen der einzelnen Trades-Unions, ist das vor zwei Jahren entstandene Labour Representation Committee bemüht, die Trades-Unions in eine politische Arbeiterpartei zu organisieren. Dieses Komitee für parlamentarische Arbeitervertretung zählt nach einem vor wenigen Tagen erlassenen Rundschreiben 650000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Für den Beobachter des englischen Lebens bedarf es keiner langen Auseinandersetzungen, daß eine Organisation von Arbeitern, die so rasch wächst, keine neuen Grundzüge bieten kann. In England revolutioniert man die Köpfe der Arbeiter nicht mit dieser Fixigkeit. Noch mehr: gerade das schnelle Wachsen dieser Organisation stimmt unsere Erwartungen sehr herab. Die Führer dieses Komitees sind Mr. und Mrs. Macdonald, deren Verdienst um den sozialpolitischen Fortschritt Englands darin besteht, daß sie Vöhm-Bauer's Schrift gegen die Marxsche Werttheorie ins Englische übersetzten, um das englische Proletariat vor den Forderungen der deutschen Sozialdemokratie zu schützen. Selbstredend leugnet Mr. Macdonald den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft. Das Labour Representation Committee ist das Bindeglied zwischen der unabhängigen Arbeiterpartei, deren Führer Kerr Hardie ist, und der entstehenden gewerkschaftlichen Arbeiterpartei. Macdonald ist der geistige Leiter dieser Bewegung. Man kann sich also einen Begriff von der wirklichen Bedeutung der politischen Vorgänge innerhalb der Trades-Unions. Man sieht nicht ein, daß schon die Notwendigkeit der Gründung einer besonderen Arbeiterpartei einen Beweis für die Klassenkampftheorie bildet. Aber in England gilt bekanntlich das „Muddling through“ (sich hindurchzirkeln).

In seinem früher genannten Rundschreiben schlägt Macdonald den 650 000 Mitgliedern vor, einen Centralfonds für Parlamentswahlen dadurch zu bilden, daß jedes Mitglied einen Penny (8 Pfg.) jährlich beiträgt. Das würde pro Jahr 3000 Pfd. Sterling (ca. 60 000 Mt.) machen. Das Komitee soll bei den nächsten Wahlen zehn Kandidaten aufstellen. Die parlamentarischen Vertreter sollen je 200 Pfd. Sterling an Diäten erhalten.

Die Gewerkschaft der Kesselschmiede beschloß, ihrem parlamentarischen Vertreter 350 Pfd. Sterling (7000 Mt.) jährlich an Diäten zahlen.

Die Bergarbeiter zahlen an Diäten von 300 bis 400 Pfd. Sterling, freie Wohnung, Heizung, Bekleidung und Reisepensen erster Klasse.

Noch hat die Arbeiterpartei keine feste Gestalt angenommen und wir hören schon von Verjungen einer Allianz zwischen Führern der Radikalen und der Arbeiter. Ein derartiger Versuch wurde nach der Daily News in einer Zusammenkunft

(Fortsetzung in der Beilage.)

Dazu eine Beilage.

# \* Konsum-Verein Leipzig-Plagwitz u. Umgeg. \*

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Donnerstag den 26. und Freitag den 27. Juni bleibt das

## Warenhaus in L.-Lindenau, Markt 18

wegen der Inventur geschlossen.

Die geehrten Mitglieder wollen dies bei ihren Einkäufen beachten.

Leipzig-Plagwitz, den 24. Juni 1902.

Der Vorstand.

## Sozialdem. Verein Leipzig-Ostbezirk.

Freitag den 18. Juli 1902

### Ordentliche General-Versammlung

in der Germania, Sellaerhausen, Wurzenr Straße.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers und der Revisoren. 3. Wahl des ersten Vorsitzenden, von drei Beisitzern und drei Revisoren. 4. Anträge. 5. Bericht der Kommission zur Erwerbung des Bürgerrechts. 6. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Anträge und Beschwerden sind bis spätestens den 4. Juli an den ersten Vorsitzenden, Brandiser Straße 12, II. L., einzureichen.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Zahlreichem Erscheinen steht entgegen

Der Vorstand.

NB. Unser diesjähriges Sommerfest findet Sonntag den 10. August im Albertgarten statt.

## Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter von Leipzig.

Unser auf den 29. Juni angesetztes Sommerfest muß infolge eingetretener Landestruer auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Die etwa verkauften Karten behalten jedoch Gültigkeit, auch wenn kein Sommerfest stattfinden sollte, für den am 31. Oktober (Reformationstag) geplanten großen Familienabend.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

## Freie Turnerschaft Leipzig u. Umg.

Allen Turngenossen die Mitteilung, daß das Bezirksfest vom 20. Juni auf den 20. Juli verlegt ist. Nähere Bekanntmachungen erfolgen. Die festgesetzten Hauptproben werden an den bestimmten Tagen abgehalten.

Der Bezirksvorstand.

J. H.: Fr. Wand.

## Gummidrechsler und Berufsgenossen.

Mittwoch den 25. Juni 1902 abends 7/7 Uhr

### Oeffentliche Versammlung

im Schloss Lindenfels, Lindenau, Karl Heine-Straße.

Tagesordnung: 1. Ist ein einheitlicher Tarif für die Gummidrechsler Deutschlands und deren Berufsgenossen durchführbar und vorteilhaft? Referent: Kollege G. Becker-Mannover. 2. Diskussion hierzu. 3. Gewerkschaftliches. Kollegen! Ein jeder agitiere für zahlreichen Besuch dieser Versammlung!

Die Sektionsleitung der Drechsler aller Branchen.

## Restaurant zur Nonnenmühle, Leipzig Mühlg. 14.

Empfehle meine freundlichen und geräumigen Lokale für geselligen Vergnügen. ff. Getränke, gute Küche. Kräftigen bürgerlichen Mittagstisch sowie jeden Sonnabend Schweinskopf. Hochachtung Gustav Linsenbarth. Gesellschaftsabend zu Vereins- und Familienfesten steht unentgeltlich zur Verfügung

## Champagner-Weißbier,

zur heißen Jahreszeit jedenfalls das erfrischendste, angenehmste und bestbelömmlichste Getränk, namentlich für

Frauen und Kinder,

nicht zu verwechseln mit der jetzt in Handel gebrachten sogenannten Champagner-Weiße, sondern wirkliches

### Bierprodukt,

empfehle in Gebinden und Flaschen

Dampfbrauerei Zwenkau A.-G. in Zwenkau.

Fernspr. Zwenkau 2. — Niederlage Leipzig-Pl. — Fernspr. Pl.-Leipz. 5879.

## Allgem. Arbeiter-Radfahrer-Verein Leipzig.

Mittwoch den 25. Juni Versammlung bei Kahler.

### Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse der Tischlergehilfen von Leipzig und Umgegend.

Montag den 21. Juli abends 8 1/2 Uhr General-Versammlung im Saale des Restaurant Bürgergarten, Bräderstraße 11. Etwaige Anträge sind bis zum 30. Juni schriftlich beim Vorsitzenden August Schlenowatz, Berliner Straße 93b, einzureichen. Der Gesamtvorstand.

## Marienbad L.-Neuschönefeld Eisenbahnstrasse 66

Die Anstalt ist für alle Wäder von früh 6 Uhr bis 8 abends 8 Uhr geöffnet

## Nähmaschinen

von Pfaff, sowie Soldel & Naumann sind die besten Fabrikate.

Bringmaschinen mit besten starken Gummikwalzen.

Lager aller Zubehörteile. Reparaturwerkstätten für Maschinen u. Fahrräder all. Fabrikate.

Wilhelm Frenzel

1. Gesch.: L.-Neustadt, Eisenbahnstr. 31. 2. Gesch.: Leipzig, Zeltzer Strasse 31.

Arth. Gasch

Billige Fahrräder, Luftschnäuche, Laufdecken, Fahrradklarner

5196] Elisenstrasse 12.

## Buchbinderarbeiten

werden sauber und billig ausgeführt. Annahme von Drucksachen aller Art.

Friedr. Müller

Gerberstr. 26 Leipzig Gerberstr. 26

Buchbinder u. Schreibwarenhandlung.

## Sofas Divans Kinderwagen Spiegel Uhren Regulateure

Anzahlung 5 Mark.

N. Fuchs

Leipzig

Kurprinzstraße 13, I.

## Cigarren, Cigaretten

Genossenschafts-Rautabak empfiehlt

Heinrich Borleis

Marktballenstr. 12, geg. der Markthalle.

## Gezweine

Braut 21, I.

Erinnerungsstätte an Goethe und Käthchen Schindler.

Altberühmter Kaffeehaus.

## Todes-Anzeige!

Allen meinen werten Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß gestern morgen 9 Uhr meine liebe Frau, unsere liebe gute Mutter und Schwester

Marie Biermann geb. Mäder

nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Dies zeigt tiefbetrubt an

Otto Biermann nebst Kindern u. Geschwistern. Die Beerdigung findet Mittwoch den 25. Juni früh 11 Uhr vom Trauerhause, Plagwitz, Werseburger Str. 86, aus statt.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

gemacht, die vor drei Wochen im Kommissionszimmer Nr. 13 des Unterhauses unter dem Vorsitz des radikalen Abgeordneten Sir Charles Dike stattfand. Genane Nachrichten über diese Versammlung liegen nicht vor. Nur soviel ist bekannt, daß der erste Versuch an dem Widerspruch Sir Gardies gescheitert sei. Gardie begrüßte zwar den Gedanken einer Scheidung der Radikalen von der liberalen Partei, hielt aber an seinem Programm fest, daß die Arbeiterpartei unabhängig bleiben müsse. Dagegen konnte sie von Fall zu Fall mit den Radikalen und den Iren zusammenarbeiten.

Carl von Waldersee.

London, 23. Juni. Feldmarschall Carl Roberts gab gestern Abend zu Ehren des Generalfeldmarshalls Grafen Waldersee und der hier eingetroffenen deutschen Offiziere ein Festmahl. Bei diesem brachte Graf Waldersee ein Hoch auf König Eduard aus; er sagte: ... Die Tatsache, daß ich letztes Jahr die Ehre gehabt habe, britische Truppen zu befehligen und deren Schulung und Tapferkeit selbst zu beobachten, erhöht meine Freude und meine Genugthuung, heute Abend Gast eines so ausgezeichneten Oberbefehlshabers der britischen Armee, des stets siegreichen Feldmarshalls, meines Wirtes, zu sein. Wir deutschen Soldaten wissen alle sehr wohl, wie schwer und mühsam die Aufgabe war, welche die britische Armee in Südafrika zu bewältigen hatte; wir wissen auch, daß Offiziere und Mannschaften Ihres Heeres diese Aufgabe mit der äußersten Hingabe an ihr Land, mit Tapferkeit und Menschlichkeit erfüllt haben.

Die englische Presse ist voll Jubels über diese Anerkennung der Menschlichkeit ihrer Tommies von Seiten des großen Kriegers, unter dessen Führung die deutschen Truppen in China wahre Wunder der Menschlichkeit vollbracht haben.

Rußland.

Ein neues Attentat.

Aus Warschau wird unterm 23. Juni gemeldet: Auf den Gouverneur von Charkow, Fürsten Obolenski, wurde neuerdings ein Attentat verübt. Der Fürst wurde durch zwei Schüsse tödlich verletzt. Das Attentat wird von der Regierung streng geheim gehalten.

Die bestialischen Regierungsmaßnahmen, wie wir sie neuerdings aus Vibau, Wilna etc. melden mußten, werden hoffentlich nun auch bei denen, die noch vor wenigen Wochen die Kampfweise russischer Revolutionäre nicht zu verstehen und zu würdigen wußten, einen Umschwung der Beurteilung hervorgerufen haben. Das russische Volk befindet sich zur Zeit in der äußersten Notwehr einer barbarischen Fremdherrschaft gegenüber — einer Fremdherrschaft, denn die Erfinder und Schergen der jetzigen zaristischen Unthaten trennen sich durch diese aus der Gemeinschaft nicht nur des russischen Volkes, sondern der gesamten „Kultur“menscheit los.

Aus der Partei.

Jeder die „Entscheidung“ des Vorwärts berichtet heute, soweit wie die Parteipresse übersehen können, nur die Münchener Post und die Breslauer Volkszeitung. Beide Blätter halten die irrillische Voraussetzung fest, daß der bekannte Artikel über die Taktik der bayerischen Landtagsfraktion von der Leipziger Redaktion ausgegangen sei.

Die Münchener Post fügt diesem Irrtum noch den weiteren Irrtum hinzu, daß „der Schwabenspiegel von dem heutigen Redakteur des Leipziger Parteiorgans herausgegeben und redigiert wurde“. Wenn die Münchener Post, wie sie behauptet, die gesammelten Nummern des Schwabenspiegel zur Kenntnis genommen hat, so wäre es ihr ein Leichtes gewesen, diesen Irrtum durch einen Blick auf die Fußnote des Blattes, wo Verlagsstelle und Redaktion angegeben sind, selbst zu berichtigen, ehe sie ihn in die Welt hinauspompante.

Die Dresdener Volkszeitung meint, der „Leipziger Redakteur“ gehöre erst seit kurzer Zeit der Partei an. Auch das ist ein Irrtum. Der „Leipziger Redakteur“ ist seit bald einem Jahrzehnt an der Parteipresse tätig und war in dieser Zeit leitender Redakteur von drei Parteiorganen. Eine rein private (familiäre) Angelegenheit hat ihn vorübergehend von der Redaktionführung eines Parteiblattes zurücktreten lassen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 24. Juni.

Friedrich Fröbel.

50 Jahre waren am 18. Juni verfloßen, seitdem der bedeutende Pädagog und Begründer der Kindergärten, Friedrich Fröbel, zu Marienau in Thüringen aus dem Leben schied. Nach einem arbeits- und sorgenreichen Dasein hatte ein letzter schwerer äußerer Mißerfolg seinen Lebensabend umdüstert. Seine Schöpfung, das Werk, dem er die letzten 15 Jahre seines Lebens ganz gewidmet, die Kindergärten waren 1851 in Preußen durch den Kultusminister v. Kaumer ihrer angeblichen Staatsgefährlichkeit wegen verboten worden. Dies Verbot wurde erst im Jahre 1880, also lange nachdem Fröbel dahingegangen, wieder aufgehoben. Eine kurze Betrachtung dessen, was Fröbel geschaffen, so wie es heute vor uns steht, möge uns ein freundliches Bild von ihm geben.

In vielen Ländern, wohl aber am wenigsten im deutschen Vaterlande finden wir Kindergärten, namentlich Volkskindergärten. Was diese sein sollen, und was sie sind, sagt schon der Name: Pflanzstätten, in denen das Gute, Schöne und Wahre in den jungen Herzen gepflanzt und geübt werden soll, Stätten, an denen junge Menschheitspflanzen unter der Sonne der Liebe fröhlich gedeihen, nicht Aufwachungsorte für Kinder, deren Vater und Mutter arbeiten müssen, wie dies die Kinderbewahranstalten sind, sondern Erziehungsanstalten für alle Kinder. Durch Denken, Thun und Darstellen soll das innere und äußere Leben des Kindes geweckt und gefördert, ihm eine harmonische Entwicklung aller seiner Kräfte gegeben werden. Wie dies durch Belehrung, Spiel und Beschäftigung geschehen kann, hat Fröbel seinen Schillerinnen und Schülern in Wort und That gezeigt. Einer ganzen Anzahl junger Mädchen hat Fröbel zu seinen Lebzeiten seine Lehre selbst vermittelt und hat dadurch darauf aufmerksam gemacht, daß die Erziehung der Frauen eigenster Beruf sei. Die Befähigung dazu ist nicht jeder angeboren, aber keine sollte verüben, sie zu erwerben. „Kommt, laßt uns unseren Kindern leben!“ rief er Frauen und Mädchen zu und sammelte sie, um Mütter und Kindererzieherinnen zu bilden. Ein schönes Zukunftsideal schwebte ihm vor: Kindergärten als Bildungsanstalten für Mütter. Jedes junge Mädchen sollte eine Zeit zu ihrer Ausbildung im Kindergarten verbringen. Leider ist dieses Ideal auch

Wir erwarten, daß die Parteiblätter diese sachlichen Irrtümer sachlich richtigstellen.

g. Ein zurückgewiesener Inseratenauftrag trug dem verantwortlichen Redakteur der Oberfränkischen Volkszeitung in Hof, Genossen Goshler, 40 Mk. Geldstrafe ewent. 8 Tage Gefängnis ein. Die Warenfirma Rosenthal u. Co. dortselbst wollte das Blatt mit einem Inseratenauftrag beglücken und sandte zwei Inserate ein, die zum Preise von je 3 Mk. aufzunehmen seien, während sie nach dem Tarif auf 17.40 und 12.60 Mk. gekommen wären. Goshler bezog sich in einer redaktionellen Notiz dieses Angebot als „unverschämmt“ und „erbärmlich“, worauf die Firma Klage wegen Verleumdung stellte und Genosse Goshler die oben mitgeteilte Strafe erhielt.

Gegen die Annoncenbeilage der Neuen Welt, die einen Charakter trage, der dringend ihr Verschwinden wünsche lasse, wendet sich unser kleiner Parteiorgan, indem es eine Annonce des vor dem Kleinen Gerichte als gemeingefährlichen Kurpfuscher bezeichneten Heilbiene's Kunst hinweist. Unser Bruderblatt fügt hinzu: Wir erklären hiermit, daß wir selber nicht in der Lage sind, vor dem nächsten deutschen Parteitag auf den Inhalt dieses recht bedenklichen Annoncenblattes Einfluß zu üben. Was dann geschehen kann, wird gesehen. Vorkäufig müssen wir alle Verantwortung für die Aufnahme der Schwindelannonce ablehnen und unsere Leser bitten, sie mit der gebührenden Mißachtung zu bestrafen.

Ein Denkmal für Peter Sawroff ist in Paris am 22. Juni enthüllt worden. Die Anregung dazu ist durch eine Versammlung von Delegierten aller sozialistischen Richtungen Rußlands im Februar 1900 gegeben worden. Ebenso hat man damals die Herausgabe der Biographie und der Werke Sawroffs beschlossen.

Gazeta Indowa, eine neue polnische Zeitung, wird zum ersten Male am 5. Juli in Posen erscheinen. Auf dem Boden des internationalen Gedankens der Sozialdemokratie stehend, wird es sich das neue Organ angelegen sein lassen, den polnischen Arbeitern ein Führer und Berater zu sein. Die Vertrauensleute werden ersucht, die polnischen Genossen allerorten auf die Zeitung aufmerksam zu machen. Probenummern stehen vom 5. Juli ab in beliebiger Anzahl zur Verfügung. Bestellungen sind bei Jof. Gogowski, Posen, Breite Straße 21, anzubringen.

Soziale Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Von der vierten Generalversammlung des Verbandes deutscher Buchdrucker. Gestern wurde in München der Verbandstagskongreß deutscher Buchdrucker eröffnet. Als Gäste wohnten auch die bayerischen Landtagsabgeordneten E. H. v. Lindwighshafen und Schmitt-München den Verhandlungen bei und wurden von Döblin herzlich willkommen geheißen.

Döblin verweist auf den kurzen gedruckten Rechenschaftsbericht. Er gedenkt der neuen Tarifvereinbarung, besonders der nun in Aussicht genommenen Regelung des Lehrlingswesens und erwähnt auch beifällig, daß manche Vorgesetztenmeinungen Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern hervorgerufen haben: So das Telegramm an den so genannten Grafen v. Posadowsky, dessen Vertreter auf dem Gewerkschaftskongreß in Stuttgart sehr herzlich begrüßt worden sei. In der Frage der Regelung des Lehrlingswesens sei die Hilfe der Gesetzgebung notwendig und nur aus dem Grunde habe man das Telegramm an Posadowsky mit unterzeichnet. Die Generalkommission habe ein Einladungs schreiben an Posadowsky gerichtet. Sie war so vorständig, zu schreiben. Danach scheint nur das Telegraphieren als reaktionär zu gelten. (Heiterkeit.) Es sei ja natürlich, daß über gewisse taktische Fragen Meinungsverschiedenheiten entstehen können, im ganzen aber hoffe er, daß die Verbandsleitung im Einverständnis mit den Mitgliedschaften den Verband geleitet hat. Nebner streift die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen, wo den Tarif einzuführen noch nicht möglich war.

In der Diskussion will Feuerstein-Stuttgart auf die Telegramm-Affäre eingehen, Döblin bittet, die Angelegenheit erst bei der Tarifrage zu erörtern, da der Verbandsvorstand eigentlich mit dem Telegramm nichts zu thun habe, das ja von den Geschlechtsvertretern abgehandelt worden ist. Der Nebner bemängelt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen die Tatsache, daß in der vom Vorstande herausgegebenen Verbands-geschichte anlässlich des 500-jährigen Geburtsstages Gutenbergs an einer Stelle die Sozialdemokratie in einer

Weise behandelt werde, die zahlreiche Mitglieder des Verbandes verletzen müsse. Er bemängelt weiter, daß der 1801er Streik in dieser Broschüre sozusagen der sozialdemokratischen Partei in die Schuhe geschoben werde. In der Broschüre werde mancher Irrtum der bürgerlichen Presse gebüßt, aber verschwiegen, daß nur die sozialdemokratische Presse die streikenden Buchdrucker rückhaltlos unterstützt habe.

Döblin erwidert dem Vorredner, er wolle die Verantwortung für die Broschüre nicht abwälzen, aber für jedes Wort könne er nicht verantwortlich sein, da für solche Merghäuser's Name als Verfasser auf dem Buche. Die Behauptung in der Broschüre, daß die sozialdemokratische Partei gegen hohe Gewerkschaftsbeiträge sei, da darunter die Parteikasse leide, sei doch richtig. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Halberstadt habe der Abg. Nebner sich in diesem Sinne ausgesprochen und ausdrücklich erklärt, so wie er, denke die ganze Fraktion. Der Streik von 1801 schiebe die Broschüre nicht der Sozialdemokratie in die Schuhe, sie konstatiere nur, daß der Streik infolge der bei den Wahlen von der Partei entfalteten Begeisterung entstanden sei; das sei kein Vorwurf für die Partei. Er sei gewiß nicht mit jedem Worte in der Broschüre einverstanden, aber er habe nicht den Verus in sich gefühlt, den Cenfor zu spielen.

Reyhäuser-Leipzig: Ich will nur kurz auf die Anklagen Feuerstein's eingehen, die ganze Stellung der Buchdrucker zur Partei wird ja noch einmal bei der Haltung des Korrespondenten aufgerollt werden. Die Broschüre sei keine Gelegenheitsarbeit, auch kein Flugblatt, sondern ein Mittel zur Erziehung der Mitglieder für gewerkschaftliche Arbeit. Den Stellen gegenüber, die Feuerstein vorgelesen habe, könne er Stellen gegen die bürgerliche Gesellschaft, gegen den Staat, gegen die Unternehmer anführen, die diese Stellen paralytisierten. Er habe eben eine objektive Darstellung gegeben und es gehöre eine große Voreingenommenheit dazu, solche Angriffe zu erheben, wie Feuerstein es getan. Er habe die Partei sehr milde behandelt, seine Darstellung sei abhängig von dem Gesamtverhalten der Partei gegen die Buchdruckerbewegung. Er habe es für seine Aufgabe gehalten, endlich eine reinliche Scheidung in dem Sinne herbeizuführen, daß es klar werde, daß die Buchdrucker sich nicht bedingungslos von der Partei beschimpfen lassen. Man solle doch seine Persönlichkeit nicht so in den Vordergrund stellen. Wer das thue, verwechsle die Wirkungen mit den Ursachen. Man solle nicht glauben, er sei auf den Kosten gestellt, beharre auf ihm und mag ihn aus, nur um seiner persönlichen Antipathie gegen die Sozialdemokratie die Bügel schieben zu lassen. Es sei beprimierend für ihn, daß die Generalversammlung damit beginne, die „unschändliche“ Partei in Schutz zu nehmen. Welt eher hätte man damit beginnen sollen, wie den Buchdruckern, die ihre Pflicht innerhalb der modernen Arbeiterbewegung stets erfüllt haben, von der Partei mitgespielt worden sei. (Beifall.) Statt dessen benutze Kollege Feuerstein die erste Gelegenheit, um seine Wiffantarte bei Herrn Jgnaz Inter abzugeben. (Wiederholter Beifall.)

Domine-Frankfurt erklärt, die Broschüre habe nur das Wohl des Verbandes im Auge gehabt. Eine Partei, wie die Sozialdemokratie, werde wohl noch eine so objektive Kritik vertragen können. In der Parteipresse seien viele ehemalige Buchdrucker als Redakteure tätig und diese trügen einen Hauptteil der Schuld an den Nebenreizen jenseitigen Partei und Buchdruckern. Diese Redakteure entwickelten sich meist aus konservativen Verbandsfunktionären zu radikalen Politikern und griffen, um sich bei der übrigen Arbeiterschaft Liebes Kind zu machen, den Verband an. So sei es z. B. mit Scheidemann gewesen. (Der stellvertretende Vorsitzende Antje-Stuttgart ermahnt den Redner, keine Personen in die Debatte zu ziehen.) Man müsse überlegen, wie man sich gegebenenfalls solcher Kollegen entledigen könne, (Widerspruch bei einer Anzahl Kollegen.)

Man einigt sich, diese Diskussion jetzt abzubrechen und erst beim Punkt Korrespondent wieder aufzunehmen.

In der Fortsetzung der Diskussion wurden meist innere Verbandsangelegenheiten erörtert.

Zum Thronwechsel.

Bekanntmachung.

die über das Allerhöchste Verprechen wegen Aufrechterhaltung der Verfassung ausgefertigte Urkunde besitzend.

Ueber das von Sr. Majestät dem Könige bei dem Antritte der Regierung verfassungsmäßig abgegebene Verprechen ist Allerhöchster Anordnung zufolge die nachstehend abgedruckte Urkunde in doppelten Exemplaren ausgefertigt worden, wovon das eine Exemplar den beiden Kammerpräsidenten der letzten Ständeverammlung eingehändig, das zweite Exemplar aber den Oberlausitzer Ständen zur Aufbewahrung im sächsischen Archiv übergeben worden ist. Dresden, den 23. Juni 1902.

Gesamtministerium. v. Meyfch.

heute noch nicht verwirklicht, doch sind ihrer viele, die dafür kämpfen und arbeiten, daß die erzieherische Bedeutung Fröbels immer mehr erkannt werde. Durch reges Interesse sollte auch die Arbeiterschaft dahin wirken, daß die äußeren Hemmnisse, die der Gründung von Kindergärten entgegenstehen, beseitigt werden, und daß diese endlich den Platz im Plan der Volkserziehung erhalten, der ihnen gebührt. Der Verein für Familien- und Volkserziehung und der Fröbelverein Leipzig hatten je eine Fröbel-Gedächtnisfeier veranstaltet, die leider der Landesträger wegen verschoben werden mußte.

In der Kunstsallo von P. S. Meyer u. Sohn ist seit einigen Tagen eine Ausstellung des Karlsruher Malers Hans von Wolkmann und einer Anzahl belgischer Maler eröffnet worden. Der Triumph der deutschen Malerei wird Wolkmann durch seine belgischen Konkurrenten nicht allzu schwer gemacht. Sind es doch nur wenige von den ca. 40 belgischen Wätern, die außergewöhnliches Können verraten. Weber in der Wahl des Stoffes noch in der Art der Technik entfernen sich diese belgischen Maler, nach denen man der Feinsinnigkeit der belgische Kunst überhaupt beurteilen darf, von der Heerstraße des Gewöhnlichen. Der weitaus größte Teil der Bilder sind Landschaftsstücke. Eine trübe Novemberstimmung, eine Farbenharmone in Braun von Rens de Noogmes und zwei Bilder von Werlemann erheben als beste Stücke der Sammlung. Ein Nachbild vom Kanal von Newport von Polvin, auf dem alles in grünblauer Färbung getaucht ist, wirkt überraschend, wenn auch der Beschauer ein gewisses Mißtrauen in die Wahrheit dieser Farbhengebung nicht unterdrücken kann.

Wenden wir uns von dem etwas hunt zusammengepackten belgischen Bildern, die auch trotz ihrer gleichen Heimat sich nicht auf einen gleichen Nenner bringen lassen, zu den jetzt zwanzig Bildern Hans von Wolkmanns, so wirkt hier eine große Künstlerpersönlichkeit in ihren wechselvollen Neuerungen einheitlich auf uns ein. Es ist schade, daß sechs der Wolkmann'schen Bilder mit so unglücklichem Platz vorlieb nehmen mußten, daß man sie kaum in den Kreis der Betrachtung ziehen konnte. Es sind ausschließlich Landschaftsstudien, die Wolkmann geschickt hat. Auf allen Bildern tritt uns die Vorliebe Wolkmanns für schlichte weite Landschaften, dunkle Farben und gedämpfetes Licht entgegen. Wolkmann bevorzugt daher den Abend- oder Gewitterhimmel, der die festen Linien auflöst und aus dem Hintergrunde leichte Schatten steigen läßt. Meisterhaft ist so der sinkende Tag, die Schafweide am

Wald, die Strohdämer, deren langen Schatten die goldige Abendsonne über das Stoppelfeld wirft, ein Kabinettstück auch die Wiese am Wald mit ihrem unübersehbaren Blumenstolz. Wolkmann vermischt jegliche Art aufspringender Sujets oder verblüffender Technik. Mit stiller Andacht steht er vor dem geringsten Fleckchen Natur, das ihm doch zu erzählen weiß von Farben, Formen und Inten. Es ist Thomatische Einsicht und Gemütsfleiß, die ebenso Wolkmann charakterisiert. Durch die Leubner'sche Kollektion der Farbenskizzen ist es auch der breiten Masse vergönnt, Wolkmann's Kunst kennen und lieben zu lernen. Sein neuerdings dort veröffentlichtes Wogenes Kornfeld ist wohl das vollendetste Stück der Leubner'schen Sammlung.

Zur neueren Gesichtsschreibung. Unter dieser Spitzmarke schreibt der Kladderadatsch: Der vor Kurzem in Düsseldorf verstorbene Amstrichter a. D. Friedrich Karl De v e n s hat sich der mithevolten Aufgabe unterzogen, als alter Vorwisse die Geschichte des Bonner Corps Borussia zu schreiben. Der Verfasser ist mit der ganzen Gründlichkeit, die ein so schwieriges Unternehmen erfordert, zu Werke gegangen. So werden die einzelnen Vorurteile vom Tag der Gründung an bis heute in Wort und Bild vorgeführt und alle Fehler, die im Laufe von 75 Jahren im Corps mit Vorliebe gesungen wurden, mit ihren Anfängen citiert und durch einen fortlaufenden Text verbunden. Leider ist es aber dem Autor nicht vergönnt gewesen, sein so groß angelegtes Werk zu vollenden, es ist ein Lorjo geblieben.

So fehlen noch genaue Angaben über die Abfahren, Mutigen und Nabeln, die jeder einzelne Vorwisse in den 75 Jahrgängen herausgegeben oder bekommen hat. Es ist nicht zu ersehen, wie oft der einzelne im Vierkat, im Quodlibet, beim Würfeln und beim Auspacken von Bierjungen hineingefallen ist. Ueber die Zahl der in den 75 Jahren eingeworbenen Laternen, abgeriffenen Schilde, ausgehobenen Türen etc. ist nichts vermerkt. Die Brügelerei mit dem Bonner Philister und Knoten wird ebenso mit Stillschweigen übergangen wie die Zahl der im Verkehr mit den Würgertröckern und Dienstmädchen von Bonn erzielten Keinen Vorurissenbaste. Alle diese Data sind zu ermitteln, wenn tüchtige Historiker in den Erinnerungen der alten Herren, in der Chronik des Corps, in Familienarchiven und Briefsammlungen die nötigen Nachforschungen anstellen.

Eine unter der Hand an Theodor Domine-Frankfurt gerichtete Anfrage, ob er geneigt sei, die noch fehlenden Partien auszu-

Bei dem Antritte unserer Regierung haben wir am heutigen Tage in Gegenwart der mitunterzeichneten Staatsminister und der beiden Kammerpräsidenten der letzten Ständeversammlung gemäß § 78 der Verfassungsurkunde vom 4. September 1831 und § 55 der Urkunde vom 17. November 1834, die durch Anwendung der Verfassung des Königreichs Sachsen auf die Oberlausitz bedingte Modifikation der Partikularverfassung dieser Provinz betreffend, bei Unserem kaiserlichen Worte versprochen, daß wir die Verfassung des Landes, wie sie zwischen dem Könige und den Ständen vereinbart worden ist, sowie den Inhalt der zuletzt erwähnten Urkunde in allen ihren Bestimmungen während unserer Regierung beobachten, aufrecht erhalten und beschützen werden.

Dieser haben wir gegenwärtige Urkunde in doppelten Exemplaren ausfertigen lassen, eigenhändig vollzogen und mit Unserem Hand-Pflicht besiegelt.  
Gegeben zu Dresden, am 22. Juni 1902.  
(L. S.)

Georg.  
Karl Georg Levin v. Meißn.  
Karl Paul Eder v. d. Planitz.  
Dr. Kurt Damm Paul v. Seydewitz.  
Dr. Konrad Wilhelm Küger.  
Dr. Viktor Alexander Otto.

**Die Weisung König Alberts**

hat gestern Abend in der Schlosskirche zu Dresden stattgefunden. Von 10 Uhr an wurden den zur Weisungsfeierlichkeits erschienenen Beamten, Offizieren und Deputationen ihre Plätze in der Hofkirche angewiesen. Vor dem Hochaltar war zwischen brennenden Stadeln der rosmarincine Saug, umgeben von Ehrenwachen, unter einem ausgeschlagenen Baldachin aufgestellt. Die Kirche war schwarz ausgeschlagen. Im Saal versammelten sich das diplomatische Corps, die eingetroffenen außerordentlichen Gesandtschaften, Mitglieder des Bundesrates, der Stellvertreter des Reichstages, Graf Posadowsky, der Reichstagspräsident Graf Balloström, die sächsischen Minister, die Stände, die hohen Staatsbeamten und Offiziere, sowie die eingetroffenen fremden Offiziersdeputationen der Regimenter König Alberts.

Die Gloden der Hofkirche kündeten den Beginn der Feier an. Unter Vorantritt des Oberhofmarschalls Grafen Witzthum v. Leske trat König Georg, zur Rechten der Kaiserin von Österreich, zur Linken Kaiser Wilhelm, das Gotteshaus. Es folgten die zur Weisung erschienenen Fürstlichkeiten: die Großherzöge von Baden, von Sachsen-Weimar-Eisenach, von Oldenburg und von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, der Großfürst Alexis von Rußland, Erzherzog Otto und Erzherzog Leopold Ferdinand von Österreich, der Herzog von Genoa, Prinz Ludwig von Bayern, Prinz Heinrich der Niederlande, Prinz Gustaf Adolf von Schweden und Norwegen, der Graf und die Frau Gräfin von Blandern, der Herzog und die Frau Herzogin Karl Theodor von Württemberg, der Herzog Robert von Württemberg, der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Fürst von Hohenzollern, der Fürst zu Schaumburg-Lippe, Herzog Johann Albrecht, Herzog Paul Friedrich und der Herzog Heinrich von Württemberg-Schwerin und Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg-Strelitz, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, Prinz Leopold von Sachsen-Coburg-Gotha und Prinz Eduard von Anhalt, Prinz Christian zu Schleswig-Holstein, der Erbprinz Meißn. J. L. Heinrich XXVII., Prinz Friedrich von Hohenzollern, Prinz Leopold von Schwarzburg-Sondershausen, Prinz Sizzo von Schwarzburg-Rudolstadt, der Fürst von Thurn und Taxis, der Herzog von Ura, Prinz Paribatra von Siam und Graf Leopold zur Lippe-Biesterfeld. Den Fürsten folgten die Vertreter auswärtiger Souveräne.

Die Königin-Witwe nahm mit der Kaiserin und den übrigen fürstlichen Damen in ihrem Oratorium Platz. Die beiden ältesten Söhne des Kronprinzen Friedrich August wohnten der Feier auf der Empore bei.

Hofprediger Wendler hielt die Trauerpredigt. Nach einem Gesang wurde der Saug in die Tiefe gesenkt. In diesem Augenblicke trachten die Geliebten der auf dem Schloßplatz aufgestellten Bataillone und donnerten die Kanonen von der Höhe her. Nachdem der Saug versenkt war, begaben sich Oberhofmarschall Graf Witzthum und die Kammerherren, die die eblen Teile des Königs trugen, mit dem Schloßpfarrer in die Gruft, wo der Oberhofmarschall dem Geistlichen den Schlüssel zum Saug übergab. Nach Gesang und Orgelspiel verließen die Fürstlichkeiten und die Trauerversammlung die Kirche.

**Testamentsöffnung.**

Dresden, 24. Juni. Heute vormittag fand in Gegenwart des Ministers des königlichen Hauses die Eröffnung des Testaments des verstorbenen Königs statt. Das gesamte Privatvermögen bis 1/2, einschließlich der Schloßer geht auf Königin Carola über, für die Dienerkassette und die königlichen Hofbeamten sind Legate in Höhe von 500000 Mk. vorgesehen.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

**Einberufung des Landtags.** Wie Schaffers Bureau meldet, tritt der außerordentliche Landtag am 7. Juli zusammen. Die Tagung soll zehn Tage währen.

**Ein Herzogbedürfnis** soll dem verstorbenen König Albert in seinen letzten Tagen die Unterzeichnung von Gnadengesuchen führen und das Ganze in einen streng historischen Stil umzuarbeiten, hat der berühmte Gelehrte wider Erwarten ablehnend beantwortet. Er motiviert dies damit, daß er in der neueren und neuesten Geschichte wenig bewandert sei. Als ob er sich bei seiner jugendlichen Mütigkeit — er sieht bekanntlich erst im 81. Lebensjahre — nicht auch auf einem ihm fremden Gebiet rasch einarbeiten könnte! Jetzt sind Verhandlungen mit den Historikern der Bonner philologischen Fakultät angeknüpft.

Natürlich würden die meist reichen oder doch wohlhabenden alten Herren der Vorwelt mit Vergnügen alle Kosten bestreiten, da es sich hier aber um ein historisches Werk handelt, das für das ganze Land vom höchsten Interesse ist, so muß der preussische Staat für sich den Vorrang beanspruchen. Dr. Studt läßt schon eine Vorlage ausarbeiten, mit der er im Herbst vor den Landtag treten will.

**Litterarisches.**

**Die Neue Zeit.** 38. Heft des 20. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Etwas über Prinzipienpolitik. — Drei Schweizer Wohnsitten. Von C. Hugo. — Das neuseeländische Ideal. Von M. Beer. (Schluß.)

**Der Simplicitätsinn.** Nr. 13. Eine scharfe Satire auf die Engländer anlässlich der Beendigung des südafrikanischen Krieges ist in dem prächtigen Titelbild Der britische Löwe, gezeichnet von Bruno Paul, enthalten. F. v. Reznicek ist mit einigen seiner künstlerisch-vornehmen Zeichnungen vertreten. Textlich ausgestattet ist die Nummer mit einer Erzählung aus der Schulzeit des bekannten Schriftstellers Ludwig Thoma, betitelt Gretchen Wollbeck, die vielen Genuß verspricht.

**Weltall und Menschheit** (Deutsches Verlagshaus von Bongu u. Co., Berlin) 5. Lieferung handelt über die Entschlingung und Tätigkeit der sogenannten Leuchtenden Seen. Von besonderem Interesse ist die Schilderung, die Professor Sapper auf Grund seiner eigenen Beobachtungen von dem berühmten leuchtenden Milchsee (im Poas-Strater in Costa Rica) giebt. Die Tätigkeit des Milchsees wird durch eine der originellen farbigen Klappenbelegungen (Darstellung in neuem System) illustriert.

gewesen sein. Die heiligen Bilder der letzten Opfer des Abolauer Urteils werden ihm dabei nicht vorgezeigt haben. Und doch verdient diese Ansicht, daß ihr Verles durch einen Gnadenpruch gemindert würde. König Albert hat durch die Sanktionierung des Massenwahlrechts in weitesten Kreisen tiefe Mißstimmung hervorgerufen. Die Vergnadigung der letzten Opfer eines unerhörten drakonischen Urteils eines bürgerlichen Gerichts hätte vielleicht manchem, der den König für die Klassenpolitik seiner Regierung verantwortlich machte, den König in einem milderen Lichte erscheinen lassen. Daran hat aber wohl keiner seiner Ratgeber, deren einer das bekannte Wort gesprochen hatte, daß den Abolauer Beiratsmitgliedern die Thore des Buchhauses trotz aller sozialdemokratischen Anfechtungen des Urteils, keine Viertelstunde früher öffnen würden, gedacht. Und doch sollen die Vergnadigungen, denen der verstorbene Fürst zugestimmt hat, sehr zahlreich sein.

Wie jetzt amtlich verlautet, wird im Ministerium eine allgemeine Amnestie des neuen Königs vorbereitet. Ihre Bekanntgabe soll erst nach der Landestraver erfolgen. Man darf auf diese allgemeine Amnestie gespannt sein.

**Die Byzantineri** treibt in diesen Tagen wunderbare Blüten in der bürgerlichen Presse. Eine solche finden wir zufällig in der Dresdener Westend-Zeitung. Dieses Blatt leistet sich folgende Stillübungen:

Wenig bekannt sein dürfte die Tatsache, daß unser nun in Gott ruhender König Albert und die Dresdener Gasbeleuchtung gleichzeitig ins Leben traten.

Kolossal! Was erschien dem nun der „patriotischen“ Westend-Zeitung bei dieser Veröffentlichung wichtiger: die Gasanstalt oder ihr allverehrter König?

**Der fünfzehnte Grundbesitzer** war, wie in den Zeitungen berichtet wird, der verstorbene König von Sachsen; er besaß 51 Güter mit einem Wald- und Feldareal von 31 000 Hektar. Soweit hier von den Gütern König Alberts die Rede ist, lassen sich die angeführten Zahlen nur von den sogenannten Domänen verstehen. Diese aber sind bei uns dem Staate überlassen worden, der dem Könige dafür die Civilliste gewährt.

**Prinz Max von Sachsen** wird, wie Schaffers Bureau meldet, im August auf Wunsch König Georgs seinen dauernden Aufenthalt am Hofe nehmen. Wie aus evangelischen Hofkreisen gemeldet wird, ist Prinz Max für das Apostolische Vikariat im Königreich Sachsen angesetzt.

Die Evangelischen werden die Nachricht mit gemischten Gefühlen aufnehmen.

**Der Zug nach der Stadt.** Die Sachsenstiftung ist eine Einrichtung, in der unter anderem auch den Soldaten nach Ablauf ihrer aktiven Dienstzeit Arbeit vermittelt wird. Ganz besonders sucht man dabei der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu verschaffen. Die übten Erfahrungen, die man dabei fortgesetzt macht, kommen jetzt wieder in einem Klagebuche in bürgerlichen Blättern zum Ausdruck. Man liest da: „... Ganz besondere Anstrengungen hat die Sachsenstiftung auch im Berichtsjahre wieder gemacht, um der Landwirtschaft Arbeitskräfte zuzuführen; der Erfolg entsprach aber leider nicht den auswendigen Mühen und Kosten. Die Erfahrung lehrte, daß Mannschaften, die vor ihrer Einberufung zum Militärdienste auf dem Lande gearbeitet hatten, trotz aller aufgewandten Gegenmühen nur selten wieder dahin zurückkehrten. Die Klage über Mangel an Arbeitern erlöste übrigens auch immer lebhafter aus Handwerkerkreisen. Stellungen als Beamte oder Joganante „ungelernte Arbeiter“ waren von den Suchenden sehr begehrt.“

Daß der Grund der Abneigung gegen die Landwirtschaft und die Handwerker in der schlechten Bezahlung z., die dort den Arbeitern geboten wird, liegt, sagt dieser Bericht natürlich nicht.

**- Chemnitz, 23. Januar.** Die Invalidenrente ruht, das heißt, sie wird nicht ausgezahlt, unter anderem auch, wenn die vom Invaliden bezogene Militärpension unter Hinzurechnung der Invalidenrente den siebenzehnjährigen Grundbetrag der letzteren übersteigt. Der Accidmester R. hier, hatte Antrag auf Gewährung der Invalidenrente gestellt, und diese war ihm auch ab 29. April 1902 berechnet, aber auf Grund der gesetzlichen Ruhebestimmungen nicht ausgezahlt worden, weil R. eine entsprechend hohe Militärpension bezieht. Er legte Verufung ein und bemerkte, daß die Verfümmlungs- bzw. Pensionszusage mit berechnet worden sei und auf diese Weise komme der hohe Betrag heraus. Diese Anlagen seien aber nicht mit zu berechnen. Er verwies darauf, daß bei der letzten Aenderung des Invaliditätsgesetzes — zwar nicht wirklich — ausgedrückt worden sei, daß besonders der Militärpension beziehenden Invaliden größere Vorteile gewährt werden sollten; der Geist des Gesetzes gehe unzweifelhaft dahin. Das hiesige Schiedsgericht verwarf die Verufung unter Bezugnahme eines Urteils des Reichsversicherungsamtes, das dieses 1897 in einem ähnlichen Falle gegeben hatte. Da der Berufungskläger eine andere Auslegung der neuen Bestimmungen des Invaliditätsgesetzes wünscht, wird er auch ans Reichsversicherungsamt gehen.

**es. Plauen i. V., 23. Juni.** In den letzten Tagen fand hier eine „vertrauliche“, nur mittels besonderer Einladungskarten zusammenberufene Versammlung statt, in welcher Dr. Mauerbrecher-Berlin als erster und Rud. Wolfrum-Plauen als zweiter Referent über die politische Lage und die künftigen Reichstagswahlen sprach. Es steht demnach in Aussicht, daß die Nationalsozialen für den 23. Reichstagswahlkreis einen Kandidaten aufstellen werden. Besonders interessant aber ist die Tatsache, daß Wolfrum sich anscheinend den Nationalsozialen angeschlossen hat. Diese Partei ist ja größtenteils eine Gruppe von Renegaten. Ob etwa Wolfrum der kommende Mann ist? Dann prophezeien wir von vornherein einen gründlichen Reinsfall.

**Plauen i. V., 22. Juni.** Der freisinnige Kaufmann und Stadtverordnete Oskar Günther von hier ist in dem bayerischen Wahlkreise Bayreuth-Wunsiedel als freisinnig-volksparteilicher Reichstagskandidat aufgestellt worden. Herr Günther hat die Kandidatur angenommen, und beabsichtigt, sich in diesen Tagen in einer freisinnigen Versammlung zu Bayreuth erstmalig der Wählerchaft vorzustellen. Die betreffende Erwahlung hat bekanntlich an Stelle des national-liberalen Abg. Friedel stattzufinden, der vor kurzem bei dem Schrottauer Eisenbahnunglück getötet wurde.

**Klingenthal, 23. Juni.** Man schreibt dem Sächsischen Volksblatt: „Auf dem Klingenthaler-Grasliher Kupferbergwerk haben die Arbeiter, die beim Bergwerksunternehmer Heinrich Esser aus Bochum in Arbeit standen, seit dem 25. Mai noch keinen Lohn wieder erhalten. Es hat die unterirdischen Quer-

schlagsarbeiten ausgeführt, hat dabei ein nettes Sämmchen verdient, hat es aber vorgezogen, seinen Arbeitern keinen Lohn zu geben; er hat Klingenthal bereits verlassen. Klage ist beim Amtsgericht eingereicht.“ Die bürgerlichen Blätter schweigen merkwürdigerweise den Fall tot. Wenn aber ein Arbeiter sich ähnelnd zu schulden kommen läßt, dann bricht die ganze Entzückung durch, deren ein bürgerliches Zeitungschreibergemüt fähig ist.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Aus Großenhain wird berichtet: Der Nordosten Sachsens wurde am Sonntag nachmittag von heftigen Gewittern, die von wolkenbruchartigem Regen begleitet waren, betroffen. In Großenhain goss es vier Stunden fast ununterbrochen, von 2 bis 6 Uhr nachmittags, dazu donnerte und blitzte es unaufhörlich. Mehrfach schlug der Blitz in der Großenhainer Gegend in Wäme und Häuser ein, glücklicherweise, ohne daß größerer Schaden entstanden wäre. Ein Nebengebäude des Gasthofs zum Hof wurde vom Blitz getroffen; das entstehende Feuer aber schnell gelöscht. In Raundorf schlug der Blitz in einen Stall und betäubte ein Schwein. In Colmitz wurde die Scheune des Gasthofsbesizers Vordorf infolge Blitzschlag eingestürzt. Den sofort angestellten Löscharbeiten und dem dabei niederströmenden Regen, sowie der günstigen Windrichtung ist es zu danken, daß das Gasthofsgrundstück selbst erhalten blieb. Der Kalamitose hat verheert. In Claubitz traf ein kalter Schlag das Hausgrundstück des Privatiers Karl Girsch. In Madewitz ertranken zwei Schweine. Auch benachbarte preussische Orte, wie Wainsdorf zc., wurden von dem Unwetter, das sich schließlich nach Südosten verzog, betroffen. In Rauen Kündete orkanähnlicher Sturm das Rahen des Unwetters an. Dem Sturm fiel dort mancher Fahnenmast zum Opfer. — In Dresden hat die Ehefrau des Sektors Siba in ihrer Wohnung mittels Revolvers ihre zwei Kinder und sich selbst durch die Köpfe geschossen. Der von der Arbeit heimkehrende Mann fand die Seinen im Blute liegend vor. Alle drei wiesen sehr schwere Verletzungen auf, lebten aber noch und wurden nach dem sächsischen Krankenhaus überführt. Die Eheleute haben miteinander in Eintracht und in geordneten Verhältnissen gelebt. Als Grund der That wird Schwerkummer angenommen. — Bei einem Schleusenbau in Dresden glitt der 84 Jahre alte Arbeiter Rudolf Müller auf dem durch Regen aufgeweichten Erdbreich aus und stürzte 4 Meter tief in die Schleusenrinne hinab. Außer inneren Verletzungen hat der Kernsteine einen Bruch beider Beine zu beslagen. Durch einen Krahn wurde Müller aus der Grube herausgeholt und nach dem Krankenhaus befördert. — Unter furchtbarem Krachen explodierte in Lichtenstein in der Fabrik des Herrn Max Reilberg ein Dampfpaß. Die Explosion scheint durch Verstopfung des Manometers entstanden zu sein. Der Deckel des Dampfpaßes, der ca. 10 Centner wiegt, wurde durch das Dach über die Straße auf ein Gebäude geschleudert und durchbrach dort einen Teil des Daches. Auf den Dächern der Nachbarhäuser waren überall Gantteile verstreut. Als ein großes Unheil ist es anzufehen, daß Menschen hierbei nicht zu Schaden gekommen sind. Eine Betriebsführung tritt durch die Explosion nicht ein. — Der Bergarbeiter Johann Weidlich aus Heinrichs ort bei Richtenstein verunglückte auf dem Steinlohlenwerk Vereinigfeld in Gohndorf durch hereinbrechende Kohle. Der Tod trat nach einer Stunde ein. Der tödlich Verunglückte ist 85 Jahre alt und hinterläßt eine Frau mit fünf unergozogenen Kindern.

**s. Auenburg, 24. Juni.** Der Herzog sanktionierte heute die neuen Steuererlese trotz des Widerspruches der Städte.

**g. Halle a. S., 23. Juni.** Mißstimmung und Heiterkeit zugleich riefen gestern die Verkehrsperren der Polizei gelegentlich des Aufzuges der Schützen an dem Kaiserdenkmal hervor. Obwohl der Zug erst gegen 12 Uhr das Denkmal erreichte, wurden Passanten und Fußwerke, die eilig die Poststraße passieren wollten, von der Polizei schon sehr lange vorher zurückgewiesen. Nicht einmal die im Dienst befindlichen Depeschierungen durften durch. Plötzlich kommt eine Droschke, dessen Kutscher sich mit Gewalt die Durchfahrt erzwingen hatte. Ein Polizist springt den Pferdchen in die Bügel und der anwesende Kommissar stellt den Kutscher wegen seines unerlaubten Vorgehens zur Rede. Da sich einmal öffnet sich die Droschkentür und heraus tritt — ein zweiter Kommissar. Das schaulustige Publikum drach in laut schallenden Gelächter aus und die Polizeibeamten sahen sich etwas „verwundert“ an. Diese Droschke durfte dann ungehindert passieren.

**h. Oera, 24. Juni.** Wegen Urkundenfälschung wurde hier der Schuhmacher Tittelbach aus Renstadt a. O. zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis verurteilt. Er hatte von einem seiner Frau gehörigen Sparkassenbuche über 6000 Mk. Guthaben ohne deren Vorwissen 3000 Mk. abgehoben und vergebelt und auf ein neues Buch 2 Mk. eingezahlt und die Biffer auf den Betrag von 2000 gefälscht. Bei der Vorlegung dieses Buches durch die Frau entdeckte die Sparkasse den Betrag und zog den Fälscher zur Verantwortung.

**Gegen den Alkohol.**

Zur Bekämpfung des Alkohols sind in den letzten Jahren eine Anzahl Vereine und Verbände gegründet worden, um dieses Uebel, das als Zerstörer der Volkstraft angesehen wird, aus der Welt zu schaffen. In der Hauptsache sind die Weitzenzler organisiert in dem Verband zur Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke, dem blauen Kreuz, dem Guttemplerorden und in neuerer Zeit sind solche Vereine innerhalb einzelner Bezirke, wie der Handlungsgesellen, der Eisenbahner zc. entstanden. Der Landesverband zur Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke für das Königreich Sachsen, mit dem Sitz in Dresden, hielt am Sonntag im Künstlerhaus hier seine Jahresversammlung ab. Zu den Verhandlungen hatten auch Gäste Zutritt und es waren eine größere Anzahl erschienen, fast durchgängig Mitglieder der Weitzenzlervereine.

Der Vorsitzende des sächsischen Bezirksvereins von Leipzig, Stadt, Dr. Dyppe, hielt zunächst einen Vortrag über den Alkohol im täglichen Leben. Wenn die Bekämpfung des Alkoholgenußes, so führte der Redner aus, die nachteiligen Wirkungen dieses Giftes den Leuten vor Augen führen wollen, so fahren sie in der Regel das schwere Geschäft der Statistik über diesen Gegenstand auf. Beim Laienpublikum wird aber dadurch das Interesse nicht gefördert, weil es mit der Materie noch zu wenig vertraut ist. Beispiele aus dem täglichen Leben wirken weit bestechender, anregender, als die Zahlen. Thatsache sei aber, daß die meisten Verunsfälle auf den Alkohol zurückgeführt werden könnten. Die Ueberfüllung der Grenzhäuser sei eine Folge des Alkohols, wie auch die fortgesetzt zunehmenden Herzkrankheiten durch den Genuß des Alkohols hervorgerufen werden. Man könne die Trinker in drei Gruppen teilen. Erstens eine solche, die alkoholische Getränke aus Dummheit trinken. Der Alkohol ist ein Gift, das nach und nach das Zellengewebe im menschlichen Körper zerstört. Dabingehend müßten die Leute belehrt werden. Die zweite Gruppe lege sich aus allen Dingen zusammen, die aus gesellschaftlichen Rücksichten Alkohol genießen. Die akademische Jugend und überhaupt die Erwachsenen könnten sich keine Hochzeit, Kaisergeburtstag zc. ohne den nötigen Alkoholgenuß denken. Ein „liebliches“ Bild entwarf der Redner über das Trinken bei Festlichkeiten der ostpreussischen Crème der Gesellschaft. Dort muß jeder Gastgeber eine sogenannte Kranken-

Kammer zur Verfügung haben, um die Beladenen unterbringen zu können. Auch den Speisbüttler zeichnete Dr. Dippe schön, indem er sagte, daß er früh beim Kaffee in der Zeitung schließlich einen Artikel über die Nachteile des Alkohols lese, vielleicht ein Leibes Schaudern bekomme, Gott danke, daß sich bei ihm keine solchen Gefährdungen bemerkbar machen. Dann aber gehe er auf ein paar Stunden zum Frischschoppen und beim Mittagbrot müsse Wein getrunken werden, denn bei einer Herrschaft, wo die Wasserflasche auf dem Tisch stehe, habe die Dienerschaft keinen Respekt. Zum Kaffee trinke er dann ein paar Schnäpsschen und abends gehe er dann in die Stammtische, wo so lange gezecht werde, bis sich die nötige „Weltchwere“ einstelle, dann denke er vielleicht noch einmal an den Artikel vom Morgen und danke Gott aufs neue, daß er so gesund sei. Die dritte Gruppe endlich genieße den Alkohol in der Meinung, den Körper dadurch zu stärken. Es sei dies die größte Selbsttäuschung. Viel zu dieser irrigen Anschauung hätten die Ärzte selbst beigetragen, in deren Zeitschriften bis vor kurzem lauter Artikel über: Der Alkohol als Nahrungsmittel u. enthalten waren. Dieser Standpunkt sei aber nun überwunden und die herrschende Ansicht sei die, daß der Alkohol kein Nahrungsmittel sei. Durch Wettmärsche und bei vielen anderen Gelegenheiten sei bewiesen worden, daß die größte Ausdauer bei den Antialkoholikern zu finden war. Eine andere Frage sei die, ob die Ärzte selbst ohne den Alkohol genau so schön seien. Man müsse nur den Menschen durch Spiele, Spaziergänge u. Gelegenheit geben, sich zu unterhalten, und zwar in der freien Natur, dann verlange er nicht nach dem Alkohol.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Esche-Dresden hielt darauf ein Referat über die bisherigen gesetzgeberischen Maßnahmen in der Alkoholfrage. Er besprach insbesondere den Antrag des Grafen Douglas im preussischen Abgeordnetenhaus. Graf Rosabovskij habe sich sehr warm dafür ausgesprochen, daß von Gesetzes wegen etwas getan werden müßte. Er verwies insbesondere auf Norwegen und Schweden, wo die Schankstätten an gemeinnützige Gesellschaften verpachtet seien, was sich durchaus als segensreich erwiesen habe. Die amerikanische Industrie verdanke ihre Ueberlegenheit gegenüber der deutschen den dortigen abstinente Arbeitern. Vor allem solle bei Konzessionsverteilung von Schankstätten die Bedürfnisfrage in anderer Weise geregelt werden, unbekümmert um das Geschrei der Wirte und sonstiger Schankstätteninhaber über Geschäftschädigung. Erreulich für ihn sei, daß auch die Arbeiter anfangen, der Abstinentebewegung ihre Interesse zuzuwenden. Obwohl der Verein kein politischer sei und Angehörige aller (?) Parteirichtungen zu seinen Mitgliedern zähle, müsse der Verband bei den nächsten Reichstagswahlen, seinem Programm gemäß, überall an die Kandidaten mit der Frage herantreten, wie sie sich zur Alkoholfrage stellen. Dem Referat und insbesondere dem letzten Vorschlag wurde zustimmend.

Aus der sich daran anschließenden Debatte sei die Mitteilung eines Redners wiederzugeben, wonach man in einem Schreiberverein Leipzigs sich die Gartenpacht in der Kantine ertrinken kann und zwar dergestalt, daß vom Bier für jedes Glas vier Marktmarken gegeben werden, die am Schlusse des Jahres bei der Pachtzahlung in Abzug gebracht werden. Die Wirkung auf die Versammlung blieb denn auch nicht aus. Man wollte den Namen des Vereins kennen lernen, doch weigerte sich der Redner, ihn öffentlich zu nennen; im Laufe des nächsten Tages wollte er ihn dem hiesigen Bezirksvereinsvorstand mitteilen.

Dr. Flade-Dresden berichtete über das verfloffene Geschäftsjahr, wobei besonders eine Eingabe an die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen erwähnenswert ist, in der um Erlass von Vorschriften über die Preise von Getränken in den Wagnisrestaurations erucht wird, und daß auch an Wagnispersonal kein Branntwein vertrieben werden darf. Die alkoholfreien Getränke müssen zu einem möglichst niedrigen Preis abgegeben werden und in allen Warteisalen erhältlich sein; auch soll immer eine saubere Flasche mit frischem Wasser vorhanden sein.

Die übrigen geschäftlichen Mitteilungen sind ohne allgemeines Interesse.

### Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Juni.

**Johannistag.** Nun hat der Sommer seinen Einzug gehalten. Die Sonne hat ihren Höhepunkt erreicht und es scheint, als habe sie zugleich die ihr gebührende Herrschaft über die Natur angetreten. Die grauen Regenwolken, die bis in die letzten Tage jede Freude an der Natur zu verwässern drohten, sind zurückgedrängt worden und immer siegreicher bahnt sich die Gelbesonnte Sonne einen Weg, um ihre Strahlen auf die Erde niederzusenden. Wald und Gärten zeigen sich in der schönsten Pracht des Sommers und was noch vor kurzer Zeit im Werden begriffen war, das hat sich jetzt zur schönsten Blüte entfaltet. Heute, am Johannistag, pilgern Tausende nach den Friedhöfen, um einer alten Sitte gemäß die Gräber ihrer Angehörigen mit Kränzen und Blumen zu schmücken, das schönste und beste, was man in der jetzigen Jahreszeit an den Gräbern derer niederlegen kann, denen man im Leben nahe gestanden hat. Däufig ist man davon abgekommen, das Johannistag als ein rein kirchliches Fest zu begehren; es ist ein Fest des drängenden und quellenden Lebens. Da das Johannistag um die Zeit der Sommerjonnentwende fällt, wo in vorchristlicher Zeit im Norden das Fest der Sonnenhöhe gefeiert wurde, so führt das Fest noch heute häufig den Namen Sonnenwendfest oder Mittsommerfest, und viele Gebräuche, die an ihm haften, rühren von den heidnischen Festen her. So namentlich das Johannistag, die Blumenopfer an die Flüsse und die Johannistag, die noch heute in vielen Gegenden am Abend vorher angezündet werden. Man tanzt tanzend um sie herum und sprang durchs Feuer, um sich von allen bösen Krankheiten zu reinigen, und warf Blumen und Kräuter in die Flammen, damit gleich ihnen alles Unglück in Rauch aufgehe. Die an manchen Orten herrschende Sitte, am Johannistag die Gräber mit Blumen zu schmücken, ist wahrscheinlich von den Johanniskirchhöfen ausgegangen.

**Der Gemeindevertretertag,** der am Sonnabend unter der Leitung des Herrn Amtshauptmann Heintz hier abgehalten worden, hat eine Anzahl wichtiger Bestimmungen getroffen, von denen wir die nachfolgenden mitteilen wollen. Das Feuerlöschwesen soll von der Gemeinde beaufsichtigt werden. Unterlassene Revision der Vöschapparate wird bestraft. Schankkonzessionsgesuche müssen der Amtshauptmannschaft zugestellt und nach ihrer Erledigung sobald als möglich von der Gemeindebehörde den Petenten eingehändigt werden. Vereinsversammlungen müssen zur polizeilich gemeldeten Stunde ansetzen, gestattet der überwachende Beamte späteres Ansetzen, so ist das keine Sache. In 41 Ortschaften der Leipziger Amtshauptmannschaft befinden sich sogenannte Statautomaten, die als unerlaubte Glücksspiele polizeilich zu entfernen sind. Ebenso ist das Auspielen von Glasfischen nicht gestattet. Die gedruckte Wohnungsordnung wird den Gemeindevertretern von der Amtshauptmannschaft zugewiesen. Von den Gemeindevertretern wurde darüber Klage erhoben, daß Maurerpoliere an ihre Arbeiter Bier und Cigarren verkaufen, was der Amtshauptmann als ein Vergehen gegen § 115 der Gewerbe-

ordnung bezeichnete. Es sei wünschenswert, daß solche Uebertretungsfälle der Staatsanwaltschaft angezeigt werden. Zu öffentlichen Sammlungen ist polizeiliche Genehmigung erforderlich. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß laut § 115 der Gewerbeordnung ausländischen Arbeitern der Lohn vor ausbezahlt werden muß. Abzüge sind nur für Nahrungsmittel zulässig. In den Arbeiterwohnungen darf Sittlichkeit und Gesundheit nicht gefährdet werden. Schließlich kam die Härte des Wohnungsunterstützungsgesetzes zur Sprache, die namentlich auf den kleinen Gemeinden schwer lastet. Der Amtshauptmann teilte mit, daß zur Ausgleichung dieser Härte in seinem früheren Bezirk ein Teil der von den Gemeinden zu zahlenden Beiträge aus Bezirksmitteln bestritten wurden. Es wurden dringende Fälle mitgeteilt, wie eine Gemeindevorstand einen krank gewordenen, nicht Heimatberechtigten aufnahm.

**Bankprozeß.** Der Hauptpunkt der heutigen Verhandlung, zu der sich die Zuhörer in großer Anzahl wieder eingefunden hatten, bildete die Frage, ob es am Ende des Jahres 1898 der Leipziger Bank möglich war, sich trotz des damaligen 27 Millionenpumps der Kasseler Gesellschaft ohne eigene Gefährdung, wenn auch mit Schade, von dieser loszumachen zu können. Das Urteil der Sachverständigen lautete dahin, daß hier der Wendepunkt und die höchste Zeit für die Leipziger Bankleitung zur Umkehr gewesen sei. Der Leipziger Bank würde damals zweifellos von anderen Banken geholfen worden sein, aber, so sagte nun Egner, der damalige Vorsitzende des Aufsichtsrats, Generalconsul Sachsentröder, wollte davon nichts wissen, daß andere Banken über die Situation unterrichtet würden. Egner kann nun dies, wie so manches andere, ganz gut behaupten, denn Sachsentröder ist tot und kann nicht mehr vernommen werden. Eine große und entscheidende Rolle in der Verbindung der Leipziger Bank mit der Kasseler Gesellschaft spielte die Aufsichtsratsprüfung der Leipziger Bank vom 5. Dezember 1898. Darin sollen die Engagements mit der Kasseler und deren Tochtergesellschaften zahlenmäßig vorgelegt haben und der Mantokredit der Kasseler Gesellschaft wurde durch Beschluß auf 10 Millionen Mark erhöht. Die gebotenen Sicherheiten bestanden wieder in — Treberwerten. Weil nun die Aufsichtsratsmitglieder von den zahlungsmäßigen Verlegen in jener Sitzung nichts mehr wissen wollen, kommt die werkwürdige Art, wie die Sitzungsprotokolle vor der Sitzung zu stande kamen, wieder zur Sprache. In jenem Protokoll war der Sach enthalten, daß die Aufsichtsratsmitglieder von den Obligationen Kenntnis genommen hätten. Diese bestritten es aber, und nun stellt es sich heraus, daß das Protokoll vor der Sitzung, wenigstens in der Hauptache fertiggestellt war. Ein grelles Schlaglicht auf die Nacht Egners und die ganze Geschäftsgebarung in der Bank wirft die Aussage Gensch's vor dem Untersuchungsrichter, der ihm vorhielt, daß er die Protokolle doch nicht vor der Sitzung schreiben durfte und auch vor allem seine Bedenken wegen der Kasseler Verbindung den Aufsichtsratsmitgliedern mitzuteilen verpflichtet war. Darauf hat Gensch geantwortet, daß er dann einfach aus seiner Stellung hätte scheiden müssen; denn der Aufsichtsrat stand zu Egner. Mit anderen Worten heißt das, Egner hatte sie alle am Band und weche dem, der gegen seinen Willen handelte. Geradezu rührend ist es auch, wie Egner seinen Freund Schmidt schont. Der Vorsitzende frag ihn, ob ihm denn nie wegen des hohen Contos und der dafür geleisteten wertvollen Sicherheiten der Glaube an Schmidt geschwunden sei, der auch nicht ein einziges der Bank gegebenen Versprechen eingelöst habe. Darauf sagte Egner, er sei noch heute der Meinung, daß Schmidt an die Erfolge seiner Unternehmungen geglaubt habe. Daß Egner auch um sonstige Antworten nicht verlegen ist, bewies er in einer Antwort auf die Frage des Staatsanwalts Rung. Dieser frag ihn nämlich, warum das ganze Obligo der Gesellschaften nicht zusammengezogen dem Aufsichtsrat vorgelegt worden sei. Sehr einfach, weil man bei verschiedenen Conten nicht gewußt habe, ob sie zum Treberkonto zu rechnen seien!

Man kann es dem Publikum nicht verdenken, wenn es wenigstens den Genuß haben will, den Mann auf der Anklagebank zu sehen, der sich gleich gewandt verteidigt, wie er die Millionen der Leipziger Bank der „zukunftsreichen“ Treber- und Goldbertholungsindustrie zuführte.

Um die Gimpel auf dem Börsenmarkt auf die Reimruten der Treberaktien hüpfen zu lassen, wurde der Kurs künstlich in die Höhe getrieben und an der Berliner Börse wurden im Jahre 1898 mit dem Gelde der Leipziger Bank flott Treberaktien gekauft, um nach dem Wertverlusten Beispiel natürlich.

Als Junge wurde heute der kaiserliche Rat Dr. Aufspitzer aus Wien vernommen, der von den Angeklagten angeben wurde, um über die Tochtergesellschaften in Oesterreich, deren Gründung und Prosperität zu berichten.

**Eine neue Zeitung** beabsichtigen die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine für Mitteldeutschland herauszugeben. Auf einer Konferenz von Vertretern der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine, die am Sonntag in Leipzig tagte und auf der 125 dieser Vereine des Königreichs und der Provinz Sachsen, sowie Thüringens durch 75 Delegierte vertreten waren, wurde zu der Zeitungsgründung Stellung genommen. Aus den hierzu erstellten Verträgen und den sonstigen Ausführungen ging hervor, daß die jetzt für die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine erscheinenden Zeitungen, Der Regulator und Der Gewerksverein, den Anforderungen eines großen Teiles der Mitglieder nicht genügen, namentlich weil sie nicht häufig genug erscheinen, und daß daher die Angriffe auf die Gewerksvereine nicht so, wie gewünscht würde, widerlegt werden könnten. Auch solle die neue Zeitung das in den Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen viel zu wenig gepflegte politische Gebiet mehr beachten. Die Versammlung beschloß, eine täglich, außer Sonntags, erscheinende Zeitung für Mitteldeutschland, die den lautgewordenen Wünschen entspricht, herauszugeben, und sie ernannte dazu eine Preiskommission, die die Vorarbeiten einleitet, bis zum 1. August die voraussichtliche Zahl der Abonnenten in den Gewerksvereinen feststellen und diese zur Leistung freiwilliger Beiträge für das Unternehmen veranlassen soll. — Viel Glück!

**Erweiterung des Fernsprechverkehrs mit Württemberg.** Die beteiligten Postverwaltungen beabsichtigen, in nächster Zeit den Fernsprechverkehr zwischen württembergischen und sächsischen Fernsprechnetzen zu erweitern, soweit ein Bedürfnis hierzu vorliegt, der Fernsprechverkehr nach den bestehenden Grundrissen zulässig ist und von den Verbindungsleitungen noch aufgenommen werden kann. Die Handelskammer in Leipzig richtet demzufolge an die beteiligten Verkehrsbezirke Leipzigs die Bitte, diejenigen württembergischen Orte, nach denen die Zulassung des Fernsprechverkehrs besonders erwünscht ist, unter Angabe der Art der geschäftlichen Beziehungen und der Gründe, die für den mündlichen Gedankenaustausch bei ihnen geltend zu machen sind, längstens bis Sonnabend den 28. Juni d. J. namhaft zu machen, um sie nach Sichtung und Prüfung zuständigen Orts mit den erforderlichen Wünschen und Anträgen weiterzugeben.

**Die Zahl der Pflügerinnen der Pflügerinnen** und der auf Kosten des Armenamts untergebrachten Winderjährigen war im vergangenen Jahre von 14 auf 20 erhöht worden. Infolge des Beschlusses jedoch, die Aufsicht über sämtliche uneheliche Kinder bis zu deren Entlassung aus der Schule zu übernehmen, ist die Zahl der zu beaufsichtigenden Kinder bedeutend gestiegen.

Sie betrug Anfang des Jahres 1900 etwa 1500, dann Anfang 1901 rund 3000, Anfang dieses Jahres 4900 und Ende Mai 1902 sogar 5850. Die Ueberbürdung der jetzigen Pflügerinnen hat daher den Rat auf Antrag des Armenamtsdirektors zu dem Beschlusse geführt, noch vier weitere Pflügerinnen anzustellen. Die Einrichtung hat sich bewährt, und der Rat bittet die Stadtverordneten um Zustimmung.

**Wollkammerprozeß.** Die heute vor dem Landgericht anberaumte Verhandlung in der Negregklage der Aktionäre der Wollkammer gegen den Vorstand des Aufsichtsrats der Leipziger Wollkammer, die bereits im März d. J. aus formellen Gründen verschoben wurde, ist, wie das Bureau Schaffer meldet, vom Gericht abermals vertagt worden.

**Verhaftungen.** Wegen des dringenden Verdachts, gestern vor Schaufenstern in der inneren Stadt mehrere Tische und diebstähle verübt zu haben, erfolgte die Festnahme eines schon vorbestraften 34 Jahre alten Handelsmanns.

Ein 14 Jahre alter Laufbursche aus Heringen stahl aus einer Wohnung in der Färberstraße, wo er etwas zu besorgen hatte, einen Geldbetrag von 100 Mk. Der Diebstahl wurde aber entdeckt und der Bursche der Polizei zugeführt.

Ein 18 Jahre alter Handlungslehrling aus Schmiedeberg erlangte durch einen Betrug eine große Anzahl wertvoller Bücher und Karten. Der Betrüger wurde festgenommen. Wegen Verteilung seiner in einer Sektellerei beschäftigten Ehefrau zum Diebstahl von Sekt mußte ein schon vorbestrafter, 41 Jahre alter Arbeiter aus Belgershain zur Verantwortung gezogen werden.

Freiwillig stellte sich der Polizei hier ein von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen schweren Diebstahls verfolgter, 30 Jahre alter Brunnenbauer aus Asfeld.

**Vermißt** wird seit dem 20. Juni der Bahnarbeiter Karl Heinrich Schreiber, geboren am 18. September 1864 in Leipzig aus seiner in der St. Privatstraße in L.-Gohlis gelegenen Wohnung. Schreiber ist nervenkrank; es wird befürchtet, daß ihm ein Unglück zugefallen ist oder daß er umherirrt. Der Vermißte ist klein, schwächlich, hat schwarzes Haar, schwarzen Schnurrbart und gelbliche Gesichtsfarbe. Seine Kleidung besteht aus braunem Jacketanzug, dunkelblauer Hose und Weste und weißem Filzhut.

**Festgestellt** wurde in der Person des jungen Mädchens, das sich in der Nacht zum Sonntag in L.-Sellenhausen von einem Wagniszug überfahren ließ, ein 17 jähriges Dienstmädchen aus Teucha, das zuletzt in L.-Vollmarsdorf bedienstet war. Der Beweggrund zu der That des jungen Mädchens ließ sich noch nicht näher ermitteln.

**Von seinem Postkoffer überfahren** und schwer verletzt worden ist gestern Nachmittag in der 6. Stunde auf der Mendestraße in Gohlis der in Gohlis, Dorffleustraße 26 wohnende, 43 Jahre alte Geschäftsführer Frißche. Der Verunglückte mußte mittels Krankentransportwagens in das Krankenhaus überführt werden.

**Selbstmord.** Mittels Revolver hat sich gestern Abend im König Albert-Park in L.-Meuditz, Poststraße 35, wohnhaft gewesener, 27 Jahre alter Schuhmacher aus Waisenoth erschossen. Als Beweggrund zu dem Selbstmorde wird Krankheit vermutet.

**Keine Polizeinacht.** Auf der Burgener Straße lief gestern ein kleines, drei Jahre altes Mädchen einem Radfahrer in die Bahn. Das Kind wurde umgefahren, zum Glück aber nicht verletzt.

In der Franzfurter Straße wurde gestern Abend ein Handarbeiter Namens Günther aus der Gußmühlstraße von einem Wägelwagen umgerissen. Dabei erlitt der Mann einen Beinbruch, so daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Gehtohlen wurde gestern vom Hauptpostamt ein Rover, Marke Rubin, mit hoher gebogener Lenkstange.

Abhanden gekommen ist vom Dresdener Güterbahnhofe hier eine Kiste, worin sich ein dunkelbrauner Jacketanzug und eine Partie Wäsche, als Bett- und Kopfstückenbezüge, Herrenhemden und Kinderwäsche, befanden hat.

Aus einer Wohnung der Bergstraße in L.-Vollmarsdorf wurde mittels Nachschlüssels ein Geldbetrag von 85 Mk. entwendet.

### Der Zusammenbruch der Leipziger Bank vor dem Schwurgericht.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

1. Leipzig, 24. Juni 1902.

Siebenter Tag der Verhandlung.

Die Angeklagten sehen auch heute sehr zuversichtlich aus. Den Angeklagten Egner hat seine bisherige große Ruhe noch in keiner Weise verlassen. Er unterhält sich vor Beginn der Verhandlung kurze Zeit mit seinem Verteidiger, Justizrat Dr. v. Gordon.

Gegen 9½ Uhr vormittags eröffnet der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller die Sitzung mit der Mitteilung, daß der als Zeuge geladene kaiserliche Rat Dr. Aufspitzer-Wien eingetroffen sei. Der Vorsitzende bemerkt alsdann: Wir sind am Sonnabend bei dem Protokoll der Aufsichtsratsprüfung vom 5. Dezember 1898 stehen geblieben, wonach der Treber-Gesellschaft ein Kredit von 10 Millionen Mark bewilligt wurde. Es entstand eine Meinungsverschiedenheit, ob diese Bewilligung ein Blanko- oder ein Conto-korrent-Kredit war. Nach dem Wortlaut des Protokolls war es ein Blanko-Kredit.

Egner: Es handelte sich bei dieser Bewilligung keineswegs um einen neuen Kredit von 10 Millionen, sondern um einen bereits bewilligten Conto-korrent-Kredit, dessen Grenze nun auf 10 Millionen festgesetzt wurde. Dieser Kredit war selbstverständlich nicht durch Kontos, sondern durch Tochterwerte, welche u. c. gedeckt. Es war mithin lediglich eine Erhöhung des Conto-korrent-Kredits. Deshalb mußte die Genehmigung des Aufsichtsrats eingeholt werden.

Die meisten anderen Angeklagten schließen sich dieser Ausführung an. Der Angeklagte Meyer bemerkt: Er habe der in diesen Abend in der Finanzkommission der Stadtverordnetenversammlung den Vorsitz zu führen hatte, er habe aber die Bewilligung dieses Kredits ebenfalls nur als eine Erhöhung des bereits bewilligten Conto-korrent-Kredits von 8 Millionen aufgesetzt.

Sachverständiger Kommerzienrat Blaut: Wenn es sich auch nicht um einen neuen Kredit, sondern um die Erhöhung eines bereits bewilligten Kredits handelte, so war dies immerhin ein Blankokredit. — Es wird danach den Angeklagten eine Aufstellung vorgelegt, in welcher Weise das bereits mehrfach erwähnte Truß-Sonblat zur Uebernahme von 10 Millionen Tochterwerten zwecks Verfaßung an der Börse gebildet wurde. Angeklagter Döbel: Nach der Aufstellung sei er der Meinung, daß er jener Sitzung nicht beigewohnt habe. — Angeklagter Egner: Herr Stadtrat Döbel hat dieser Sitzung ganz bestimmt beigewohnt.

Angeklagter Schröder: Der Ausbruch Conceren ist damals noch nicht erwähnt worden. — Egner bestätigt das.

Aus einer hierauf erfolgten Tabellenverlesung geht hervor, daß auch ein Hauss-Konfortium für Treber-Aktien bestand. — Der Verteidiger, Justizrat Dr. v. Gordon, stellt fest, daß das Truß-Konfortium 676 Stück zum Kurse von 651 hatte, die im Laufe von 11 Monaten auf etwa 300 Prozent sanken. Der Durchschnittskurs

betrag 4-500 Prozent. Es war dies aber kein eigentlicher Kursfall, sondern der Kurs ermäßigte sich durch Abrechnung des Bezugsrechts der inwärtigen neuemittelten Aktien.

Sachv. Kommerzienrat Blaut: Wenn neue Aktien ausgegeben werden, dann wird der Einführungskurs mit dem Kurse der alten Aktien zusammengerechnet und der Durchschnittswert als Kurs festgesetzt. — Auf Vorhalt des Vorsitzenden gibt Exner zu: In dem Trust-Konkordat, das Tochterwerte in Höhe von 5 Millionen übernahm, waren beteiligt die Leipziger Bank mit 97 Proz., er (Exner), Döbel und Sachsensöder mit je 1 Proz. Sie hatten für insgesamt 5 Millionen Tochterwerte übernommen, in der Hoffnung, dieselben oder einen Teil los zu werden.

Auf Vorhalt des Vorsitzenden bemerkt Exner: Die Kaschauer Tochter-Gesellschaft verlangte von der Leipziger Bank Geld. Die Leipziger Bank verlangte daher, daß Kaschau das Geld bei der Ungarischen Kommerzbank in Budapest gegen Akzept entnahm. Die Ungarische Kommerzbank erklärte sich auch damit einverstanden, wenn die Leipziger Bank dafür Garantie leistet. — Die Kaschauer Gesellschaft hatte jedoch schließlich die Akzeptenerneuerung unterlassen, deshalb wurde die Leipziger Bank von der Budapest Bank in Anspruch genommen. Wir haben dafür Kasse belastet und dem Direktor Schmidt Vorhaltungen über die „Bummel“ gemacht. Direktor Schmidt antwortete: In der Kaschauer Verwaltung sitzen keine Finanzleute, sondern nur Techniker, er werde aber dafür sorgen, daß so etwas nicht mehr vorkomme.

Vorsitzender: Jedenfalls hatte die Leipziger Bank dadurch einen von 300 000 Gulden? Exner: Wir hatten ja dafür die Kaschauer Gesellschaft belastet. — Vorsitzender: Aber die Treber-Gesellschaft war doch keine Garantie? Exner: Das konnten wir damals aber noch nicht wissen.

Auf Aufforderung des Vorsitzenden bemerkte der Sachverständige, Bankier Kommerzienrat Sieckind-Leipzig: Ich bin der Überzeugung, das Direktorium und die Aufsichtsratsmitglieder waren sich im November 1898 vollständig über die Sachlage klar. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Behme: Ich muß doch den Herrn Sachverständigen unterbrechen. Der Herr Sachverständige ist nicht berechtigt, den Herren Geschworenen vorzugreifen und Schlussfolgerungen zu ziehen.

Vorsitzender: Ich bin der Meinung, daß der Herr Sachverständige auch berechtigt ist, Schlussfolgerungen zu ziehen. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Behme: Die gesamte Verteidigung steht auf meinem Standpunkte. — Sachverständiger Kommerzienrat Sieckind: Ich will also sagen: Ich verstehe nicht, wie in der Aufsichtsratsitzung vom 5. Dezember 1898 beschloffen werden konnte, den Kredit auf 10 Millionen zu begrenzen, während derselbe in der That schon 27 Millionen betrug. Ich bin der Meinung, zu jener Zeit befand sich die Leipziger Bank bereits in einer höchst gefährlichen Lage, es war das der Wendepunkt für die Leipziger Bank. Es hätte kein weiterer Kredit bewilligt werden dürfen, sondern Herr Direktor Exner hätte sich vertrauensvoll an die Firma S. Bleichröder wenden und eine Sanierung der Leipziger Bank durch Zusammenlegung der Aktien herbeiführen lassen. Wenn das damals geschehen wäre, dann hätten die Gläubiger gar nichts von der Aktionäre nur einen Teil verloren. Diesen Verlust hätten aber die Aktionäre vielleicht nach einiger Zeit, wenn eine solidere Geschäftsführung eingetreten wäre, wieder herausgeholt können. Die Aufsichtsratsmitglieder hatten ja schon 1897 Bedenken. Wäre im Dezember 1898 die Sanierung vorgenommen worden, dann brauchte die stolze Firma „Leipziger Bank“ nicht in Konkurs geraten. Bei einem Aktienkapital von 48 Mill. und einem Reservefonds von 25 Millionen hätte die Leipziger Bank den Verlust überwinden können.

Vorsitzender: Hätte die Sanierung ohne Zusammenlegung der Aktien nicht erfolgen können? — Sachverständiger: Ohne Zusammenlegung der Aktien von 2 u. 1 oder von 3 u. 2 hätte meiner Meinung nach eine Sanierung nicht erfolgen können. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Behme: Der Herr Sachverständige sagte: die Aufsichtsratsmitglieder hätten schon 1897 Bedenken. Dies geschah aber, weil damals die Sachverständigen-Gutachten über die Tochtergesellschaften noch nicht vorlagen. — Sachverständiger: Das ist möglich.

Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Ich bin entfernt, die Objektivität des Herrn Sachverständigen zu bezweifeln. Ich bin aber doch geneigt, an den Herrn Sachverständigen die Frage zu stellen, fühlt er sich vollständig unbefangen? Ich verweise auf einen vom Herrn Sachverständigen unterm 8. August 1901 an das hiesige Landgericht gerichteten Brief, in dem Sie bemerken, daß Sie sich von einer gewissen Voreingenommenheit nicht frei fühlen? — Sachverständiger Kommerzienrat Sieckind: Allerdings, ich bekenne, ich habe nur mit großem Widerstreben das Amt eines Sachverständigen angenommen und war hauptsächlich meines leidenden Zustandes wegen. Deshalb schrieb ich an das Landgericht: Ich könne das Amt eines Sachverständigen nicht annehmen, da ich leidend bin und weil ich mich auch von einer gewissen Voreingenommenheit nicht ganz frei fühle. Trotzdem habe ich alles auf unparteilichste geprüft und mich in meinem Gutachten in keiner Weise von meinen Gefühlen beeinflussen lassen. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Daran zweifle ich auch nicht. Ich muß aber beantragen, den Brief des Herrn Sachverständigen vom 8. August 1901 zu verlesen. In diesem Briefe heißt es: „Ich erlaube ganz gehorsamt, mich meines leidenden Zustandes wegen

von dem Amt eines Sachverständigen zu entbinden. Im übrigen kann ich nicht verhehlen, daß ich über die Handlungsweise des Vorstandes und des Aufsichtsrats der Leipziger Bank empört und deshalb nicht ganz unbefangen bin.“ — Kommerzienrat Blaut: Wenn eine Bank bei einer Industriegesellschaft so hoch engagiert ist wie im vorliegenden Falle, und man keine Ergebnisse sieht, dann entsteht unwillkürlich ein Mißtrauen. Dieses Mißtrauen ist auch Exner im Jahre 1898 gekommen. Ich bin ebenfalls der Meinung: Im Dezember 1898 war der Wendepunkt für die Leipziger Bank. Damals hätte die Verwaltung der Leipziger Bank eine Sanierung vornehmen müssen, dann wäre es gelungen, den Zusammenbruch der Leipziger Bank zu verhindern. Allerdings hätte, wenn dies bekannt geworden wäre, der Kredit der Leipziger Bank eine Schädigung erfahren.

Der Angeklagte Döbel führt des längeren aus: Die Verwaltung der Leipziger Bank konnte damals nach nicht die wahre Sachlage erkennen. Es lagen die sehr günstigen Gutachten über die verschiedenen Tochtergesellschaften vor, es fanden Aktienverkäufe zum Teil in erheblichem Umfange statt und die Wechsel konnten auch gegeben werden. — Sachv. Direktor Hermann: Herr Döbel hat ganz recht. Es muß aber berücksichtigt werden, daß die Aktien immer im Schwebischen Konkrete blieben. Die Wechsel konnten gegeben werden, weil sie das Giro der Leipziger Bank trugen. Gleichzeitig wurden Wechsel von Schmidt wie früher vier ausgeben. Dies hätte der Leipziger Verwaltung doch zu Bedenken Veranlassung geben müssen. Ich bin der Meinung, die Höhe des Obligos hätte die Verwaltung der Leipziger Bank veranlassen müssen, im Dezember 1898 zu stoppen. Bei einem Aktienkapital von 48 Mill. M. hätte sich die Leipziger Bank niemals derartig nach einer Seite hin engagieren dürfen. — Angekl. Exner: Ich bemerke, daß wir die Schmidt'schen Wechsel, die wie früher vier ausgeben wurden, nicht ausgenommen haben. Im übrigen habe ich im Dezember 1898 bereits den Vorschlag gemacht, nach Berlin zu fahren und dem Vertreter der Firma S. Bleichröder, Herrn Zimmelman alles zu offenbaren und mit diesem zu beraten, was zu thun sei. Der damalige Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Sachsensöder, hat dies aber rundweg abgelehnt.

Vorsitzender: Sie erhöhten aber trotzdem der Treber-Gesellschaft immer weiter den Kredit, obwohl Sie sehen mußten, daß alles, was Ihnen Schmidt schrieb, vollständig Schwindel war. Sie wußten, daß für die hohe Dividende der Treber-Gesellschaft niemals Deckung vorhanden war. — Exner: Ich vertraute auf die Entwicklung der Tochter-Gesellschaften. — Vorsitzender: Es war Ihnen auch bekannt, daß die Tochter-Gesellschaften schon 8 Prozent zahlten, als sie noch gar keinen Ertrag ergaben, ja, als sie noch gar nicht fertig waren. Es waren damals noch gar nicht die Maschinen und Retorten geliefert. — Exner: Wir kannten die Lage der Tochtergesellschaften nur soweit wir in diesem im Aufsichtsrat saßen. Die Maschinen und Retorten waren den Tochtergesellschaften deshalb noch nicht sämtlich geliefert, weil die Kaschauer Gesellschaft erst abwarten wollte, welche Verbesserungen noch kommen werden. Die Trebergesellschaft zahlte lieber eine Entschädigung, als daß sie eine zweimalige Aufstellung vornahm.

Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Herr Direktor Hermann, sind Sie der Meinung, daß die Verwaltung der Leipziger Bank die nötige Sorgfalt eines Kaufmanns außer acht gelassen und außerdem in bewußter Weise strafbar gehandelt hat? — Sachv.: Das die Verwaltung der Leipziger Bank die nötige Sorgfalt eines Kaufmanns außer acht gelassen hat, steht für mich außer Zweifel. Ob aber die Verwaltung in bewußter Weise strafbar gehandelt hat, kann ich im Augenblick nicht sagen.

Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Wenn man in Betracht zieht, daß Anfang 1898 von der Trebergesellschaft etwa 600 Aktien zum Kurse von 681 bis 380 Prozent an der Berliner Börse fest verkauft wurden, halten Sie alsdann an Ihrer Meinung fest, daß die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns außer acht gelassen wurde? — Sachverständiger: So lange mir der Herr Verteidiger nicht den Nachweis führen kann, daß Schmidt die Aktien wieder zurückgekauft hat, so lange muß ich an meiner Meinung festhalten. (Allgemeine Heiterkeit.) Sachverständiger Kaufmann Schlexer (Kasse): Ich bin der Meinung, die Angeklagten hätten erkennen müssen, daß die hohen Dividenden der Trebergesellschaft nur durch Einstellung fiktiver Werte in die Bilanz, also durch Buchfälschungen herausgerechnet werden konnten.

Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Könnte dies die Verwaltung der Leipziger Bank erkennen? Sachverständiger: Ich bin der Meinung, daß die Leipziger Verwaltung sich hätte unterrichten müssen, ob die hohe Dividende der Treber-Gesellschaft gerechtfertigt war. Bei einiger Aufmerksamkeit hätte die Leipziger Verwaltung erkennen müssen, daß die ganze Dividende auf falschen Buchungen aufgebaut war.

Auf Vertragen des Vorsitzenden bemerkte die Sachverständigen: Die Leipziger Bank sei ja tatsächlich vor der Kaschauer Gesellschaft gefallen. Allein, ob die Leipziger Bank die Treber-Gesellschaft in Konkurs gezogen habe, oder umgekehrt, sei ein bloßes Wortspiel. Auf Verfragen des Verteidigers Justizrat Broda bemerkte die Sachverständigen, den Aufsichtsrat treffe nicht dieselbe Verantwortung wie den Vorstand. — Es tritt danach eine kurze Pause ein.

Von Nah und Fern.

Eine blutige Kirchweih. Eine blutige Kirchweih. Budapest, 24. Juni. In Bagerdorf bei Eisenstadt wurden anlässlich eines Streiks beim Kirchweihfest 2 Burschen und 1 Mädchen vom Gendarmenkorporal erschossen, 2 weitere Burschen schwer verletzt. Darauf überfielen andere Burschen den Patronenführer und erschlugen ihn. Dem Korporal, welchen die Frauen steinigten wollten, gelang es, zu entfliehen.

Schiffszusammenstoß. Kiel, 24. Juni. Das Torpedoboot F. 42 wurde bei Elbe 4 durch einen englischen Dampfer überannt und ist gesunken. Der Kommandant und 3 Mann werden vermisst.

Letzte Nachrichten.

Wien, 24. Juni. Wie die Neue Freie Presse berichtet, ist der ungarische Ministerpräsident amlich davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Oesterreich die Handelsverträge kündigen wolle. Nach den Bestimmungen des Zoll- und Handelsbündnisses haben die beiden Regierungen über den weiteren Vorgang sich ins Einvernehmen zu setzen. Diese Verständigung muß binnen sechs Monaten erfolgen; andernfalls muß die gemeinsame Regierung, wenn Oesterreich einen solchen Schritt verlangt, die Verträge kündigen. Nach der Ansicht des Blattes hängt der weitere Vorgang davon ab, ob die beiden Regierungen die Schwierigkeit des Ausgleiches überwinden werden oder nicht. Die Neue Freie Presse sagt: Nach dem von Oesterreich unternommenen Schritte wird Ungarn nunmehr mit voller Offenheit zu erklären haben, ob es die Zollgemeinschaft oder die Zolltrennung von Oesterreich wünscht.

Paris, 23. Juni. Der Ausschuss der parlamentarischen Gruppe der an der Zuckerindustrie interessierten Departements wurde heute vom Finanzminister Rouvier empfangen und trat bei ihm entschieden dafür ein, daß die Bestimmungen über die Wärfelsteuer Zuckerkonvention von einer Vorlage betreffend Ermäßigung der Zuckerversteuer begleitet werden, durch welche diese Steuer bis zu dem Geben von Deutschland und Belgien angenommenen Satze herabgesetzt werde. Der Finanzminister versprach, die Frage, deren Wichtigkeit für die französische Zuckerindustrie er vollständig anerkenne, mit größtem Wohlwollen zu prüfen.

Verichtigung. In dem Artikel über Auguste Schmidt in der letzten Sonnabendnummer ist folgendes richtig zu stellen. In der vorletzten Spalte muß es Zeile 15 ff. heißen: So groß ihre Sympathie für die Arbeiterinnen und die Bestrebungen (nicht Arbeiterinnen-Bestrebungen) zur Hebung ihrer traurigen Lage waren. — Zeile 31: Was sie als solche geteilt, ist so bedeutend und wertvoll, daß seiner (nicht ihrer) kurz gedacht werden muß. — Zeile 37: Mit oder (nicht welcher) Uneigennützigkeit war sie bestrebt. — In der ersten Zeile der letzten Spalte: Sie hat aber Hunderten mehr, Wertvolleres (nicht mehr wertvolleres) gegeben. — In Zeile 5 derselben Spalte: Zur begehrtesten Hingabe an hohe (nicht tote) Ideale zu entfammen.

Briefkasten der Redaktion.

Reise. Wenden Sie sich an die Auskunftstelle von Richard Jäger, Augustusplatz 2. 55. S. Soweit wir ermitteln konnten, werden Uniformstücke in den von Ihnen erwähnten Fällen nur insoweit geliefert, als Sie zur Kenntlichmachung der betreffenden Personen erforderlich sind.

Auskunft in Rechtsfragen.

E. L., Lindenan. 1. Das Mietverhältnis schließt mit dem Kalendertage ab. 2. Der Vermieter ist nur dann zur Zurückerstattung der Kosten verpflichtet, wenn die Aufwendungen, die der Mieter gemacht hat, notwendig waren. 3. Es kann nur der Mietvertrag in Frage kommen, der von beiden Teilen unterschrieben und bisher zur Anwendung gekommen ist.

Bersammlungskalender.

Mittwoch: Zimmerer, Waisenhaus, Dorotheenstr. Abends 8 Uhr. Textilarbeiter, Schloß Lindenau, Lindenau, Abends 8 Uhr. Bauarbeiter, Seeburger Hof, Windmühlengasse, Abends 8 Uhr.

Küchensettel der städtischen Speiseanstalten.

Mittwoch: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Gelbe Erbsen mit Schwarzwild, Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Linsen mit Wiener Würstchen.

Wettstelle mit Matratze Schränke Vertikos Kommoden Küchenschränke Sofas Divans Chaiselongue Spiegel Kinderwagen Uhren Regulateure 5 Mark Anzahlung nur bei S. Osswald Königsplatz 7, I. vis-à-vis der Markthalle.

Schnellfoblerei mit Dampftrieb Münzgasse 7. Monatsgarderobe. J. Kindermann, Salzgähen 9, I. Radfahrer sollten wissen, daß sie Fahrräder und Zubehörteile wirklich konturneutral nur im Leipziger Fahrradhaus Sebastian Bach-Str. 32 kaufen. Gebr. Singer-Nähmaschinen von 15 Mk. an. Reparatur, u. Ersatzteile billig. H. Schube, Petersstraße 34, im Hof.

Neugebauer, akad. gebild., staatl. nicht ger. pr. Pr. Praktikant d. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Wilm. Schwabes Poliklinik, behält, u. langj. Erf. Geschlechtskrankh., d. H. u. Fr., Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Haut-, Leiden, Krampfaderngeschwüre u. mit nachweislich vorzügl. Erfolgen. Gummiwaren + Damenbinden Ausverkauf wegen Umzug. Betrag herrschaftl. Damentid. v. 2.50 Mk. an. Wäntel u. 1.50 Mk. an sportblau zu verk. Kohlenstr. 30, I. W. Wegen sofortiger Räumung der Wohnung sind alle Möbel sofort sportbillig zu verkaufen. Peterstr. 37, Treppe B., II. rechts. Möbel, Betten, Spiegel, Schränke bill. zu verk. Plagwitz, Wühlstr. 31. Ein Sofa + Tisch billig zu verkaufen. Reinsdorf, Eisenbahnstr. 22, IV. I. Kleiderschr. u. versch. d. z. v. Alleestr. 55, II. I. Bettsofa u. Kleiderschr. gut erh., bill. zu verkaufen. Reutenbühl, Wühlstr. 6, I. I. Hand- u. Geschäftsw. u. d. Neusch. Str. 67

Verbrauchte Kommoden zu verkaufen. Plagwitz, Elisabethallee 28, III. I. Titomanensische Sag 85 Pfg. Drechselerei Eldonienstr. 41. Räumungs-Verkauf der Grünberg & Blumbergschen Konkurs-Masse und anderer Waren. Darunter 1 Posten 6721 Fertige Betten Bettfedern, Bettinlets, Bettbezüge Betttücher. 13/17 Katharinen-Str. 13/17. Dauerhafte Bettstellen mit guten Dresdener Sprungfedernmatratzen (beste Arbeit) 25 Mk. 516 Dresdener Straße 23, Selteneb. I. G. Böhm, Tapezier. (vis-à-vis Pantheon). 2 neue Matratzen mit Bettstelle ganz billig. Dresdener Str. 28, S. I. I. Unterhalt. Bettstelle m. Matratze f. 10 Mk. zu verkaufen. Anger, Hochbachtstr. 7, II. r. Eine Kinderbettstelle (Watterbett) billig zu verk. Reubenly, Gemeindeftr. 4, II. I. Geleghenheitskauf! Rote Bett-Inlets mit kleinen unbedeutenden Flecken. 1 Oberbett, 1 Unterbett und Kissen zusammen 5.80 Mk., Bettbezüge 2 Mk., Betttücher 1.25 Mk., Damastbezüge 4 Mk., 5000 Meter feberdichtes rotes Bett-Inlet, früher 85 Mk., jetzt nur 65 Mk. per Meter. 5780 Brühl 46/48. Gaud- u. Leiterwagen, 3-80 Mk., Popp, Panorama, Köpzig.

Prima Laufdecken 650 Mt., Prima Laufschuhe 5 Mt., Reparaturen an Fahrradern schnell u. bill. Schneider & Soldat, Kornplatzstr. 1. Platen, die neue Hellmethode, bill. zu verkaufen. Wäntel, Alleestr. 13, II. r. Jährl. Welt der Erfindungen, 3 Bde., bill. zu verk. Volkmarstr., Elisabethstr. 16, II. 6 Stück Kastenkarren und ca. 80 m Fahrradrollen sind billig zu verkaufen. Restantanten wollen ihre Adressen unter J. 82 in der Expedition dieses Blattes niederlegen. 5889 Waschgef. all. Met. v. d. Neuschöner. Mabel 3. Zweifelhafte Sportwagen zu verkaufen. Kronprinzstr. 20, S. II. W. Guter, fast neuer 1891g. Sportwagen bill. zu verk. Volkmarstr., Ludwigsstr. 108, II. r. Unterhaltener brauner Sitzwagen bill. zu verk. Wohlstr., Wellenstr. 127, pt. Unterhaltener Kinderwagen zu verkaufen. Anger, Wühlstr. 6, IV. W. Kinderw. Dampfmaschine u. Kanarien- Käthe bill. zu verk. Wohlstr., Dorotheenstr. 9, IV. r. Heller Kinderwagen, neu vorgerichtet, billig zu verkaufen. Sildstr. 24, S. I. Kinderwagen für 8 Mk. zu verkaufen. Lindenau, Wellenstr. 18, II. I. Stabile Fahrräder für Dam. u. Herren. 125, 150, 175, 200. Gefährte Räder billig. Sommerlatte, Waffendorfer Str. 13. Hochseiner Halbbrunner, 4 Wädhler, f. 120 Mk., Plagwitz, Wellenstr. 58, I. W. Unterhaltener Motor zu kaufen gesucht. Off. mit Preis u. Nr. 84 an d. Exp. d. Bl. Ein eiserner Wädhler zu kaufen gesucht. Abz. niederlegen Mabel 48, I. r. Polyphon-Platten, 21 cm Durchm., zu kaufen ges. Felder, Pl., Schmeiderstr. 15, III.